

zur Ablehnung zu geben. Dies sei mit jetzigem Text gelungen, der von Churchill als besonders glücklich angesehen werde.

[gez.] Schlange-Schöningen

VS-Bd. 17 (Büro Staatssekretär)

260

**Vortragender Legationsrat von Kessel, Paris,
an das Auswärtige Amt**

Nr. 573/53 streng geheim

4. September 1953¹

Brieftelegramm

In Kreisen der NATO-Diplomaten werden in den letzten Wochen zwei Fragen als entscheidend angesehen und eingehend diskutiert:

I. Wie kann man deutschen Verteidigungsbeitrag in Höhe von zwölf Divisionen baldmöglichst sicherstellen und gleichzeitig den Weg für die europäische Einigung freihalten, ohne Frankreich, das vor Ratifizierung EVG-Vertrag² zurück-scheut, vor den Kopf zu stoßen?

Amerikanische NATO-Kreise denken daran, die militärischen Klauseln des EVG-Vertrages, die zwölf integrierte deutsche Divisionen vorsehen, den Franzosen aufzuzwingen. Amerikaner hätten den Franzosen neuerdings sehr deutlich auseinandergesetzt, Alternative sei Deutschlands unmittelbarer Beitritt zur NATO, d.h. Verzicht auf integrierte deutsche Divisionen. Amerikaner finden bei diesem Plan, EVG auf militärische Klauseln zu beschränken, volle Unterstützung Benelux-Staaten und anscheinend auch Englands. Benelux-Vertretern erschien der politische Teil EVG-Vertrages, d.h. seine supranationalen Klauseln, ohnehin von Anfang an schwer tragbar. Angesichts französischen Widerstandes müsse man Verwirklichung supranationaler Konzeptionen auf später verschieben.

Habe Äußerung zu diesem Projekt sowohl in persönlicher wie in offizieller Form vermieden.

II. Wie kann man Gedanken integrierter Europa-Armee den Russen schmackhaft machen, ohne auf Wiedervereinigung Deutschlands verzichten zu müssen,

¹ Durchdruck.

Das Brieftelegramm wurde am 4. September 1953 von Vortragendem Legationsrat von Kessel, Paris, an Legationsrat Pauls weitergeleitet: „Anliegend übersende ich Ihnen ein Telegramm, das ich einem Gelegenheitskurier mitgebe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie einen Durchschlag an Herrn von Hassell weiterleiten könnten. Herr Blankenhorn erhält von mir direkt einen Durchschlag. Bin ab Sonntag in Bonn und stehe notfalls dem Herrn Staatssekretär für eine Kommentierung des Telegramms zur Verfügung.“ Vgl. VS-Bd. 6722 (EVG-Delegation); B 150, Aktenkopien 1953.

² Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

die erster Schritt auf dem Wege zur Zurückdrängung Rußlands auf seine natürlichen Grenzen und damit zur endgültigen Beseitigung Kriegsgefahr sein könne?

Seit Aufständen vom 17. Juni erscheint Frage deutscher Einheit als aktuell. Man möchte daher ganz Deutschland in EVG aufnehmen, befürchtet aber, daß EVG-Kontingente an Oder-Neiße-Linie für Moskau untragbar sein könnten. Daher wird zur Zeit auf holländische Initiative, die von Belgiern und Amerikanern unterstützt und von Engländern sowie einem Teil der Franzosen sympathisch aufgenommen wird, folgendes Projekt geprüft und ausgearbeitet:

Ganz Deutschland bis zur Oder-Neiße wird Partner der EVG. Die Westmächte verpflichten sich indessen gegenüber Moskau, deutsche Gebiete östlich der Elbe von EVG-Kontingenten freizuhalten, d. h. als entmilitarisierte Zone zu behandeln.

Frage nach deutscher Einstellung zu diesem Plan habe ich dahingehend beantwortet, derartige Erwägungen würden in Bonn möglicherweise mit Sympathie aufgenommen werden. Auf mein Angebot, ich wolle diesbezügliche Weisungen einholen, wurde mir erwidert, es sei entscheidend, dieses Projekt bis auf weiteres absolut geheim zu behandeln und nichts in Öffentlichkeit durchsickern zu lassen. Wenn Moskau vorzeitig Kenntnis davon erhielte, sei Plan von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Herr Blank sowie diplomatische Vertretung wurden unterrichtet.

gez. Kessel

VS-Bd. 6722 (EVG-Delegation)

261

Aufzeichnung des Generalkonsuls Bidder

210-02/2-III-18910/53

8. September 1953

In den Gesprächen, die ich kürzlich in Rom mit dem an der Wiederaufnahme der italienisch-äthiopischen Beziehungen führend beteiligten Generalkonsul Smoquina im italienischen Außenministerium führte, ergab sich die wichtige Feststellung, daß auch Italien bei seinen Wiederanknüpfungsbestrebungen mit Äthiopien der gleichen Methode der Verschleppung und zögernden Erlidigung der Angelegenheiten begegnete und diese schließlich durch Inanspruchnahme amerikanischer Unterstützung überwand, die italienischerseits amtlich in Washington erbeten war.¹

¹ Am 10. September 1951 veröffentlichte die äthiopische Regierung ein Communiqué, in dem mitgeteilt wurde, daß die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Italien vereinbart worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Italien und Äthiopien“; NEUE ZURCHER ZEITUNG vom 13. September 1951, Bl. 3.

Da auch die Wiederaufnahme der deutsch-äthiopischen Beziehungen sich über 1½ Jahre hinzog und es den Anschein erweckt, als ob die Erteilung des für den deutschen Vertreter nachgesuchten Agréments² wiederum auf sich warten ließe, wäre zu erwägen, ob nicht Herr Botschafter Krekeler in Washington gebeten werden sollte, im State Department folgende Anregung zur Sprache zu bringen:

„Die Aufnahme der deutschen diplomatischen Beziehungen mit Äthiopien hat sich überaus schleppend gestaltet und mehr als ein Jahr in Anspruch genommen, bis sie im Juli d.J.³ erfolgte.

Die äthiopische Regierung hat auch auf unser amtliches Nachsuchen des Agréments für den deutschen Vertreter in Addis Abeba, das ihr Ende Juli d.J. übermittelt wurde, bisher nicht geantwortet.

Der Bundesregierung stehen sonstige Verbindungen oder Kanäle zur kaiserlichen Regierung in Addis Abeba nicht zur Verfügung. Inzwischen aber entwickeln sich, besonders von äthiopischen Kreisen gefördert, mancherlei unübersichtliche Beziehungen zur deutschen Wirtschaft, es entstehen Planungen und Projekte, die sich der deutschen amtlichen Kenntnis entziehen und gelegentlich Anlaß zu Besorgnis geben können, z.B. die immer wieder gemeldete Anwerbung deutscher Fach- und Arbeitskräfte unter unbefriedigenden vertraglichen Bedingungen.

Die Bundesregierung würde es daher mit Dank anerkennen, wenn die amerikanische Regierung ihren Herrn Botschafter in Addis Abeba⁴ ersuchen wollte, das Interesse der kaiserlich-äthiopischen Regierung oder am besten Kaiser Haile Selassie selbst auf die Dringlichkeit der Angelegenheit zu lenken.

Hiermit über Herrn Generalkonsul Dr. Voigt⁵ und Herrn Gesandten Dr. Strohm⁶ Herrn Min.Dirig. von Etzdorf⁷ vorgelegt.⁸

Dr. Bidder

B 11 (Abteilung 3), Bd. 319

² Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Peter Pfeiffer vom 22. Juli 1953 an die Botschaft in Kairo; Dok. 226, Anm. 6.

³ Vgl. dazu Dok. 226.

⁴ Joseph Simonson.

⁵ Hat Generalkonsul I. Klasse a.D. Voigt am 10. September 1953 vorgelegen.

⁶ Hat Gesandtem I. Klasse Strohm am 8. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte es für sehr ratsam, gegen die landesübliche Bummeli in Addis Abeba sich einer USA-Nachhilfe zu versichern. Zweck hat es aber nur, wenn der Negus persönlich angegangen wird.“

⁷ Hat Ministerialdirigent von Etzdorf am 10. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Agrément für H[errn] Bidder ist erst Ende Juli erbettet worden. Es erscheint verfrüht, schon jetzt die Amerikaner einzuschalten. Hingegen würden keine Bedenken bestehen, in 2–3 Wochen das Agrément durch H[errn] Pawelke anmahnen zu lassen.“

⁸ Am 14. Oktober 1953 vermerkte Generalkonsul I. Klasse a.D. Voigt unter Bezugnahme auf einen Bericht des Botschaftsrats Freiherrn von Mirbach, Kairo, vom 12. Oktober 1953: „Da nach diesem Telegramm das Agrément für Herrn Dr. Bidder erteilt worden ist und die äthiopische Regierung einen Sonderbeauftragten nach Bonn zur Verhandlung über die Gründstücksfrage entsenden will, ist die beabsichtigte Anrufung der Vermittlung der Vereinigten Staaten gegenstandslos geworden.“ Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 319.

Gesandter Bidder übergab am 23. Januar 1954 Kaiser Haile Selassie I. das Beglaubigungsschreiben.

262

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn**MB 362/53 geheim****9. September 1953**

Unterredung zwischen dem amerikanischen Botschafter Bruce, dem Bundeskanzler und mir, zu der später Botschafter Conant und Staatssekretär Hallstein hinzukommen.

Botschafter Bruce eröffnet das Gespräch mit sehr herzlichen Glückwünschen zu dem außerordentlichen Erfolg des Bundeskanzlers in den Bundestagswahlen vom 6. September.¹ Er betont, daß er in diesen Wahlen ein Bekennenntnis des deutschen Volkes zu der Europa-Politik des Bundeskanzlers sehe. Die Freude über diese Bekräftigung der deutschen Haltung sei in der ganzen Welt sehr groß, vor allem aber in den Vereinigten Staaten. Wenn er sich aber eine Bemerkung sehr persönlicher, fast etwas indiskreter Natur erlauben dürfe, so sei es die folgende: Diese Europapolitik sei mit der Person des Bundeskanzlers aufs Engste verknüpft. Wenn sie nun mit dem Schwergewicht des deutschen Votums vom 6. September fortgesetzt werden solle, so würde dies selbstverständlich nur im Gremium der führenden Persönlichkeiten der westlichen Länder geschehen. Mit anderen Worten, der Bundeskanzler könne mit weiteren positiven Ergebnissen dieser Politik nur rechnen, wenn er in unmittelbarem Kontakt mit den Ministerpräsidenten und Außenministern der westlichen Länder persönlich die Fragen vorwärts treibe. Er habe deshalb heute zu seinem großen Schmerz den Zeitungen entnommen, daß der Bundeskanzler sich mit der Absicht trage, das Außenministerium abzugeben und eine andere Persönlichkeit zum Außenminister zu ernennen.² Dies wäre ein tragischer Fehler; denn jeder andere Außenminister würde nicht mit demselben Gewicht sprechen. Dieser müsse vor allen Dingen gewärtig sein, daß ihm in den Verhandlungen nicht die verantwortlichen Persönlichkeiten, sondern die Techniker, die Bürokratien der Außenministerien entgegengesetzt würden, deren negative Einstellung zu den europäischen Fragen ja hinreichend bekannt sei. Wenn er Blankenhorn oder Hallstein als Vollstrecker seiner Pläne in die Hauptstädte entsende, so würden beide – gleichgültig wo, in London, Paris oder Washington – von den führenden Männern empfangen werden. Diese brauchten nicht damit zu rechnen, auf dritte Etagen abgeschoben zu werden; insofern bestehe also keine Notwendigkeit, eine neue Persönlichkeit dazwischenzuschalten.

Der Bundeskanzler antwortete hierauf, diese Frage sei bereits am heutigen Vormittag geklärt und entschieden worden. Er habe nach reiflicher Überlegung

¹ Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 entfielen auf CDU und CSU 45,2 %, SPD 28,8 %, FDP 9,5 %, GB/BHE 5,9 %, DP 3,3 %, Zentrum 0,8 % und die übrigen Parteien 6,7 % der Zweitstimmen.

² In der Presse wurde gemeldet, „daß der Gedanke erwogen wird, neben dem Kanzler einen zweiten Außenminister zu berufen, der den Kanzler als Außenminister entlasten könnte“. Vgl. dazu den Artikel „Zwei Außenminister im neuen Kabinett Adenauer?“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. September 1953, S. 1.

eine Erklärung durch das Presseamt der Bundesregierung ausgeben lassen, die folgenden Inhalt habe:

„Zu der vor den Wahlen gelegentlich erhobenen Forderung der FDP auf Trennung des Außenministeriums von der Person des Bundeskanzlers erklärt das Bundespresseamt, daß die Entscheidung des deutschen Volkes vom 6. September ein so eindeutiges Bekenntnis zur Weiterführung der Außenpolitik durch den Bundeskanzler darstelle, daß die Abgabe der Leitung des Außenministeriums durch Bundeskanzler Dr. Adenauer als nicht aktuell betrachtet werden könne.“³

Damit dürfe wohl Klarheit geschaffen sein.

In diesem Augenblick trafen Dr. Conant und Staatssekretär Hallstein ein. Herr Conant überreichte dem Bundeskanzler eine Botschaft Präsident Eisenhowers und eine Botschaft Foster Dulles' (s. Anlagen)⁴. Der Kanzler nahm von beiden Botschaften Kenntnis und äußerte sich hierzu sehr befriedigt.

Herr Bruce und Herr Conant erklärten nach Kenntnisnahme des Kommuniqués, daß sie nunmehr sehr erleichtert seien. Die Entscheidung sei von allergrößter Bedeutung und würde überall in der Welt Genugtuung und Freude auslösen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs, das nach dem Essen fortgeführt wurde, brachte der Bundeskanzler die Sprache auf die Lösung des Saarproblems: Nach seiner Auffassung gebe es nur drei Lösungen: Anschluß der Saar an Deutschland, an Frankreich oder Europäisierung. Was auch immer geschehe, so müsse ein frei gewählter Landtag an der Saar frei entscheiden, wohin die Saarbevölkerung wolle. Nach seiner persönlichen Auffassung sei die europäische Lösung die geeignete. Es komme darauf an, daß nach der Entscheidung des Landtags die französische und deutsche Regierung sich darüber verständigen müssen, wie man diese Entscheidung in Übereinstimmung bringe mit den beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Interessen an der Saar.

Botschafter Bruce begrüßte diese Ausführungen des Bundeskanzlers und sprach die Hoffnung aus, daß eine Lösung dieses Problems baldmöglich erreicht werden

³ Vgl. BULLETIN 1953, S. 1437.

⁴ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Conant übermittelte eine Gratulation des Präsidenten Eisenhower zum Wahlerfolg des Bundeskanzlers Adenauer: „It was with deep satisfaction that the American people and Government have learned the results of the German parliamentary elections just held in your country. You must indeed feel that the voters have strongly endorsed those constructive policies for which you have been striving in the last few years. Let me assure you that my Government is pleased at the prospect of further cooperation with the Federal Republic in the strengthening of free Europe and the Atlantic Community, politically, economically and as regards our common defense, and at the same time in seeking to end the present artificial division of Germany and the totalitarian regime imposed by force on some 18 000 000 of your fellow countrymen.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1953, S. 1447.

Zugleich übermittelte Conant eine Mitteilung des amerikanischen Außenministers Dulles: „The outcome of these elections must cause great gratification to all who are thinking constructively about the problem of Europe. It is apparent that the German people overwhelmingly support the program for an unified Germany within the framework of a unified Europe, to which our Governments are committed. We can now proceed with renewed vigor in cooperation with our British and French friends and perhaps it is not vain to hope that even the Soviet Union will accept so great a verdict and play its part to permit the Germans again to be reunited.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1953, S. 1447.

könnte. Es sei heute noch schwer zu übersehen, ob die französische Regierung den EVG-Vertrag⁵ bald ratifizieren würde. Jedenfalls lägen in Paris die größten Schwierigkeiten. Um diese zu beseitigen, müsse man nach Möglichkeit das Saarproblem anpacken, müsse die Europäische Politische Gemeinschaft vorwärtsstreiben, um damit die französischen Sozialisten zu gewinnen, müsse die Assoziiierung Englands zum EVG-Vertrag abschließend behandeln – hierfür seien bereits heute alle Voraussetzungen gegeben –, nicht zuletzt müsse man die Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag⁶ durch die Minister unterzeichnen lassen. Dies sei ein mehr formeller Wunsch der französischen Regierung, der bei der Lage der Dinge in Deutschland heute nicht mehr viel koste. Der Kanzler stimmte dem zu.

Bruce fuhr fort: Die Ratifizierungssituation in Holland sei günstig, nachdem die Kammer die Verträge mit großer Mehrheit verabschiedet habe.⁷ In Belgien lägen die Dinge schwieriger, weil hier eine Verfassungsänderung notwendig sei, die sehr komplizierte Verfahren erfordere. Schwierig sei die Situation auch in Luxemburg.⁸ Er hoffe, daß ein Gespräch, das Präsident Eisenhower in diesen Tagen mit dem luxemburgischen Außenminister Bech⁹ führen würde, die Lage klären würde. Beide Länder, sowohl Belgien wie auch Luxemburg, würden ihre Entscheidungen aber wesentlich von der Entscheidung der französischen Regierung abhängig machen. Sehr schwierig ständen die Dinge auch in Italien. Es wäre wohl notwendig, daß der Bundeskanzler hier Verbindung zu Pella aufnehme; hiervon verspreche er, Bruce, sich mehr Erfolg als von amerikanischen Einwirkungen. Allerdings müsse man die etwas schwierige Situation wegen Triest¹⁰ berücksichtigen. Auch hier sollte eher der Bundeskanzler als irgend je-

⁵ Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

⁶ Zu den Zusatzprotokollen zum EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 in der vom Interimsausschuß der EVG-Konferenz am 23./24. März 1953 gebilligten Fassung vgl. Dok. 109.

⁷ Am 23. Juli 1953 stimmte die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments dem Ratifizierungsgesetz zum EVG-Vertrag zu.

⁸ Dazu berichtete Gesandter Jansen, Luxemburg, am 14. September 1953: „Vor einigen Tagen ist das Votum bekannt geworden, das der luxemburgische Staatsrat zu der Frage abzugeben hatte, ob der Beitritt Luxemburgs zur EVG verfassungsändernd sei oder nicht. Entgegen der vielfach hier vertretenen Ansicht, daß der Staatsrat den Beitritt nicht als verfassungsändernd erklären würde [...], hat der Staatsrat nun doch trotz positiver Einstellung zur EVG erklärt, daß eine Änderung der luxemburgischen Verfassung notwendig sei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 914; B 10 (Abteilung 2), Bd. 1004.

Am 15. September 1953 teilte Jansen ergänzend mit: „Wie hier verlautet, macht die vom Staatsrat geforderte Verfassungsänderung für den Beitritt Luxemburgs zur EVG keine Sorgen. Man ist hier nur darauf aus, als kleines Land nicht als erster zu ratifizieren. Andererseits will man aber auch nicht der letzte sein, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, als hinge das Zustandekommen von Luxemburg ab. Wahrscheinlich wird man deshalb, sobald die internationale Lage etwas klarer ist, ratifizieren und die Verfassungsänderung später, d. h. nach erfolgten allgemeinen Wahlen im nächsten Jahr, vornehmen. Eine große Mehrheit in der Kammer für die Ratifikation ist sicher.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 923; B 10 (Abteilung 2), Bd. 1004.

⁹ Der luxemburgische Außenminister Bech hielt sich anlässlich der Eröffnung der achten Sitzungsperiode der UNO-Generalversammlung vom 15. September bis 9. Dezember 1953 in New York in den USA auf.

¹⁰ Die Meldung der jugoslawischen Nachrichtenagentur Jugopress vom 28. August 1953 über einen bevorstehenden härteren Kurs Jugoslawiens in Triest löste in Italien die Befürchtung aus, daß Jugoslawien die von ihm besetzte Zone B annektieren wolle. Während Jugoslawien solche Absichten dementierte, verstärkte Italien die Truppen im Grenzgebiet zu Jugoslawien und verlegte einen Flottenverband nach Venedig. Vgl. dazu die Artikel „Die Westmächte mahnen Rom und Belgrad zur

mand anders mit der italienischen Regierung Fühlung aufnehmen. Er halte es für notwendig, daß vor allem mit Herrn Bidault Verbindung aufgenommen würde; ob der Bundeskanzler nicht an der römischen Konferenz teilnehmen¹¹ und dort sich mit Bidault und mit Pella über die dringenden Probleme aussprechen könnte.

Der Bundeskanzler erklärte hierauf, daß er erst am 2. Oktober mit seiner Wiederwahl zum Kanzler durch das Parlament rechnen könne¹² und daß es für ihn schwierig sei, vorher – die römische Konferenz beginne ja bereits am 22. September – diplomatische Aktionen dieser Art zu unternehmen. Er sei aber bereit, Herrn Blankenhorn schon in der nächsten Woche mit einem Schreiben zu Herrn Bidault zu entsenden und ihm durch Herrn Blankenhorn gewisse Erläuterungen zur Lage geben zu lassen, die es vielleicht Herrn Bidault ermöglichen, schon jetzt einen gemeinsamen Kurs festzulegen.¹³

Bruce stimmte dieser Idee zu und erklärte, daß auch eine Fühlungnahme mit der britischen Regierung im gegenwärtigen Moment notwendig sei, und zwar nicht um die britische Regierung zu einer zustimmenden Erklärung zur EVG zu gewinnen, sondern um Herrn Churchill selbst zu bewegen, ein positives Wort für die EVG auszusprechen, was in der ganzen Welt, vor allem aber in Frankreich, seinen Eindruck nicht verfehlen würde.

Der Bundeskanzler erklärte sich bereit, Herrn Hallstein demnächst zu einer entsprechenden Demarche nach London zu entsenden.

Bruce warf ein, daß man nicht allzu viel Zeit ins Land gehen lassen dürfe, denn die amerikanische öffentliche Meinung sei über den schleppenden Gang der Ratifikationsvorgänge in Europa stark beunruhigt, und es gebe schon gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten, die an eine Alternativlösung etwa im Sinne eines deutsch-englisch-amerikanischen Militärbündnisses dächten und die behaupteten, daß auch die deutsche Regierung sich in Enttäuschung über die Verzögerung des EVG-Vertrages einer Alternativlösung zugewandt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 789

Ruhe“ und „Die Spannung um Triest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. September 1953, S. 1 und S. 3.

Jugoslawien protestierte wiederholt gegen die angebliche Bedrohung durch die an die jugoslawischen Grenze entsandten italienischen Truppenkontingente. Am 6. September 1953 schlug Staatspräsident Tito in einer Rede in Okroglica eine Internationalisierung der Stadt Triest und die Zuteilung des slowenischen Hinterlandes von Triest an Jugoslawien vor. Vgl. dazu den Artikel „Tito fordert das Hinterland von Triest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. September 1953, S. 1.

Dagegen regte Ministerpräsident Pella am 13. September 1953 in Rom eine Volksabstimmung in Triest an. Vorbereitungen hierfür sollten auf einer Fünf-Mächte-Konferenz getroffen werden, an der die Drei Mächte, Italien und Jugoslawien teilnehmen sollten. Der italienische Vorschlag wurde am selben Tag von Tito abgelehnt. Vgl. dazu den Artikel „Pella schlägt ein Plebisitz über Triest vor“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. September 1953, S. 3.

¹¹ Die Konferenz der Stellvertreter der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten über eine Europäische Politische Gemeinschaft fand vom 22. September bis 9. Oktober 1953 statt. Vgl. dazu Dok. 275 und Dok. 284.

¹² Konrad Adenauer wurde am 9. Oktober 1953 erneut zum Bundeskanzler gewählt.

¹³ Zum Aufenthalt des Ministerialdirektors Blankenhorn vom 15. bis 18. September 1953 in Paris vgl. Dok. 270 und Dok. 273.

Zum Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 14. September 1953 an den französischen Außenminister Bidault vgl. Dok. 270, Anm. 3.

Der Bundeskanzler erklärte hierauf mit Nachdruck folgendes: Er sei nach wie vor entschieden für EVG und für keine Alternative. Nur EVG gebe die Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsche Jugend – das hätten die Wahlen wieder gezeigt – sei nicht bereit, in einer nationalen Armee zu dienen. Sie sei aber wohl gewillt, an einer europäischen Armee mitzuwirken. EVG sei unerlässlich, um den europäischen Geist zu entwickeln und die Zusammenarbeit der jungen Menschen der verschiedenen westeuropäischen Nationen in Gang zu bringen. Er stehe zu diesen Thesen unerschütterlich, und er sei bereit, sofort Mrs. McCormick oder irgend einem anderen prominenten amerikanischen Journalisten eine entsprechende Erklärung abzugeben.¹⁴

Bruce und Conant, beide, waren von diesen sehr plastischen Worten des Kanzlers beeindruckt und erklärten, daß sie ihrerseits versuchen würden, entsprechend auf die amerikanische öffentliche Meinung einzuwirken.

Blankenhorn¹⁵

VS-Bd. 87 (Büro Staatssekretär)

¹⁴ In einem am 22. September 1953 veröffentlichten Interview mit der amerikanischen Zeitschrift "Newsweek" führte Bundeskanzler Adenauer aus: „Ich bin mit Präsident Eisenhower der Auffassung, daß, je mehr man sich mit Alternativlösungen befaßt, die Nachteile dieser Ersatzlösungen immer deutlicher werden. Meines Erachtens ist die EVG die beste Lösung, weil sie einmal Kriege der europäischen Staaten untereinander unmöglich macht, weil sie ein Schutz gegen jeden Druck aus dem Osten ist, weil sie Angriffe eines oder mehrerer Mitgliedstaaten der EVG gegen dritte Staaten oder Staatengruppen unmöglich macht und weil sie schließlich wichtige Elemente für ein allgemeines Sicherheitssystem enthält, nämlich die nationale Kontrolle und Begrenzung der Effektivstärke und der Rüstung. Deutschland sollte meines Erachtens als ein Glied der Europäischen Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf das engste zusammenarbeiten.“ Vgl. BULLETIN 1953, S. 1501.

¹⁵ Paraphe.

263

Aufzeichnung des Botschaftsrats a.D. Hilger**202-03-III-483/53 streng geheim****9. September 1953¹**

Betr.: Drahtbericht aus London Nr. 316 vom 3. September 1953²

Die Ausführungen des französischen Geschäftsträgers, Gesandten Graf von Crouy-Chanel, über die Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik sind schlüssig und decken sich mit der auch von uns vertretenen Auffassung.

Das jüngste Verhalten der Sowjetregierung ist jedenfalls ein erneuter Beweis dafür, daß sie sich zu einer Verständigung mit den Westmächten in der deutschen Frage nur unter Bedingungen bereit finden dürfte, die den Sowjets die Erreichung ihrer weitgesteckten politischen Ziele in Europa ermöglichen würden.

Es ist offensichtlich, daß die Sowjetregierung die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands als ein Glacis betrachtet, von dem aus sie zu gegebener Zeit einen Vorstoß zur Eroberung Westdeutschlands und damit Westeuropas unternehmen will. Nicht umsonst bezeichnete Malenkow in seiner Rede vom 8. August 1953³ die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ als „ein Bollwerk für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland“ und sicherte ihr auch fernerhin jegliche „Hilfe und Unterstützung“ zu.

Was die Sowjetregierung unter „friedliebend und demokratisch“ versteht, bedarf keiner Erläuterung. Alles, was die Sowjetunion in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands unternimmt, ist unmißverständlich auf das Ziel gerichtet, die Ostzone zum Ausgangspunkt ihrer auf eine Beherrschung ganz Deutschlands gerichteten Pläne zu machen. Infolgedessen wird die Hoffnung, die Sowjetregierung könnte auf Mittel- und Ostdeutschland verzichten, wenn ihr auf anderen Gebieten Zugeständnisse gemacht werden, so lange ein Wunschtraum bleiben, bis die Stärke der Westmächte in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

¹ Die Aufzeichnung wurde von Botschaftsrat a.D. Hilger am 9. September 1953 an Ministerialdirigent Bräutigam „zur Kenntnis und geeignet erscheinender Verwendung“ weitergeleitet.

Hat Bräutigam sowie Ministerialdirigent von Etzdorf am 10. September 1953 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 6869 (Abteilung 3); B 150, Aktenkopien 1953.

² Botschafter Schlange-Schöningen, London, berichtete: „Französischer Geschäftsträger, Gesandter Graf von Crouy-Chanel, äußerte anlässlich eines streng vertraulichen Gesprächs, daß sowjetische Deutschlandpolitik dahin ziele, daß sich baldmöglich gesamtdeutsche Regierung bilde, um mit dieser später unmittelbar unter Ausschluß Westmächte Friedensvertrag auszuhandeln. Sowjets hätten daher vor, Friedensvertragsverhandlungen mit Alliierten ähnlich Österreich-Vertrag in die Länge zu ziehen, um dadurch deutsche Bevölkerung zu zermürben und für sowjetisches Angebot eines Sonderfriedens gefügig zu machen. Sowjets würden zunächst in Kauf nehmen, daß gesamtdeutsche Regierung ohne kommunistischen Einfluß gebildet wird, da sie damit rechnen, nach Abschluß Sonderfriedensvertrags ganz Deutschland ihrem Einfluß zu unterwerfen. Geschäftsträger führte als Begründung dieser Auffassung entsprechende sowjetische Haltung in Österreich-Frage an, in der es Sowjets bereits gelungen sei, in Sonderverhandlungen mit österreichischer Regierung allein einzutreten. Besondere Schärfe der letzten Sowjet-Note in Österreich-Frage lasse darauf schließen, daß Sowjets mit ihr Propagandazwecke in dieser Richtung verfolgten. Geschäftsträger empfahl, bisherige Sowjet-Noten über Deutschland-Frage unter diesem Gesichtspunkt erneut zu prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 6869 (Abteilung 3); B 150, Aktenkopien 1953.

³ Zur Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Malenkow, vor dem Obersten Sowjet in Moskau vgl. OST-PROBLEME 1953, vgl. Dok. 267, Anm. 6.

und in der NATO einen überzeugenden Ausdruck gefunden hat. Es kommt daher jetzt vor allem darauf an, den Machthabern im Kreml den Glauben zu nehmen, daß die Zeit auf die Dauer für sie arbeitet und sie hieraus durch taktisches Manövriren einen Nutzen ziehen könnten.

Wovor sich die Sowjetregierung fürchtet, ist eine Kombination zwischen dem überragenden Industriepotential der USA und den unübertrefflichen Kampfeigenschaften des deutschen Soldaten. Sie bemüht sich daher, die Entstehung einer solchen Kombination mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Wäre das Verhalten der Sowjetregierung nur durch ihr Sicherheitsbedürfnis bestimmt, würde es vielleicht möglich sein, mit ihr zu einem für Deutschland und die Westmächte tragbaren Kompromiß zu gelangen. Da sie jedoch Ziele verfolgt, die die Existenz Deutschlands als eines unabhängigen demokratischen Staates bedrohen, kann sie nur durch die Bekundung von Stärke und Entschlossenheit zur Raison gebracht werden.

Hilger

VS-Bd. 6869 (Abteilung 3)

264

Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

Geheim

Fernschreiben Nr. 133 (Obs.)

10. September 1953¹

Aufgabe: 11. September 1953

Ankunft: 11. September 1953, 07.00 Uhr

Hatte heute längere Unterhaltung mit Generalsekretär VN Hammarskjöld, bei der ich zu Beginn Dank Bundesregierung für sein Eintreten in Kriegsgefangenenfrage² zum Ausdruck brachte. Generalsekretär erzählte mir, daß er Wy-

¹ Hat Gesandtem I. Klasse Ophüls am 12. September 1953 vorgelegen.

² Am 10. August 1953 berichtete Generalkonsul Riesser, New York (UNO), daß UNO-Generalsekretär Hammarskjöld ihm gegenüber ausgeführt habe: „Er sei an Kriegsgefangenenfrage gleich stark interessiert wie wir selbst. Ad-hoc-Kommission, die über mangelnde russische Mitwirkung in Vergangenheit sehr ungehalten sei, habe ihn vor einer Woche gebeten, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen. Er werde mit morgen eintreffendem Wyschinskij sprechen, um konkrete Zusagen über Mitwirkung Sowjetregierung zu erreichen. Er werde auf eine positive Antwort bis 24. August, einem nach Vorschriften über Tagesordnung wichtigen Stichtag, warten. Erhalte er keine befriedigende Antwort, so werde er Angelegenheit auf Ergänzungsliste zu Tagesordnung setzen, die bis 25. August abgeschlossen und an Teilnehmerstaaten versandt werden müsse. Gingen dagegen wirklich befriedigende Zusicherungen ein, so werde er dies nicht tun, da hierdurch weitere Abwicklung angesichts russischer Empfindlichkeit gestört werden könnte. Ergebe sich dann später, daß Sowjets entgegen Zusagen nicht befriedigend Mitarbeiteten, würde er während der September-Tagung der Vollversammlung Angelegenheit auf Tagesordnung bringen, wofür dann allerdings Stimmenmehrheit Mitgliedstaaten erforderlich sei.“ Vgl. VS-Bd. 3370 (Referat 508); B 150, Aktenkopien 1953.

Die vierte Tagung des Ad-Hoc-Ausschusses der UNO für Kriegsgefangene fand vom 24. August bis

schinskij zweimal gesprochen habe und mitgeteilt habe, daß er Kriegsgefangenenfrage auf Tagesordnung gesetzt habe, weil UN-Kommission zur Zeit Bericht ausarbeite, den er Vollversammlung unterbreiten müsse. Wyschinskij habe ihm erwidert, daß er eine Debatte für „nicht gut“ halte, da er wie bereits früher darauf dringen müsse, daß es keine Kriegsgefangenen, sondern nur noch Kriegsverbrecher in Rußland gebe. Generalsekretär glaubt aber, aus der Art und Weise, wie Wyschinskij sich geäußert habe, entnehmen zu können, daß Brücken noch nicht ganz abgebrochen seien. Er habe deswegen russischem Delegierten erklärt, daß Antrag auf Behandlung Kriegsgefangenenfrage jederzeit zurückgenommen werden könne, wenn „neue Tatsachen“ dies rechtfertigten. Wyschinskij habe daraufhin gefragt, um was für „neue Tatsachen“ es sich handele, worauf Generalsekretär nur erwidert habe, daß er, Wyschinskij, genau wisse, was darunter zu verstehen sei.

Generalsekretär besprach dann mit mir eingehend seine weiteren Absichten und teilte mir vertraulich mit, er selbst könne nicht nochmals Gespräch mit Wyschinskij aufnehmen, aber er werde stellvertretenden britischen Außenminister Lloyd bitten, mit Wyschinskij zu reden. Es habe nicht geringsten ...³ etwa Amerikaner vorzuschieben, da solcher Versuch bestimmt jedes weitere Gespräch beenden würde. Aber Engländer könnten sich jetzt einschalten, und er werde Lloyd bitten, Russen zu sagen, daß es in erster Linie darauf ankomme, die Kriegsgefangenen in Rußland zu befreien, ob dies durch Rücksendung Kriegsgefangener auf Grund Genfer Abkommens⁴ oder durch Amnestie verwirklicht werde, sei nicht das wesentliche.

Ich habe zu dem letzteren Vorschlag Generalsekretärs keine (?) Stellung genommen, obwohl ich Bedenken hatte, daß Russen etwa durch Wiederholung Erklärung, die sie der sogenannten ostdeutschen Regierung abgegeben haben⁵, britische Regierung in ihrem seit langem bekannten Wunsch bestärken könnten, Behandlung der ganzen Frage in kommender Vollversammlung⁶ zu verhindern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 793

12. September 1953 in Genf statt. Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Brückner am 7. September 1953, daß die Besprechungen zwischen Hammarskjöld und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Wyschinskij „noch zu keinem positiven Ergebnis“ geführt hätten: „Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat, unserer Bestrebungen entsprechend, die Kriegsgefangenenfrage auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzt. Am 28. August 1953 fand zunächst eine nichtöffentliche Sitzung der Kriegsgefangenen-Kommission statt, bei der die deutsche Delegation 19 Bände über deutsche Kriegsgefangene und Vermißte mit neuen Feststellungen des Deutschen Roten Kreuzes übergeben hat. [...] Die deutsche Delegation in Genf hat berichtet, daß die UN-Kriegsgefangenen-Kommission das deutsche Material bei ihrem Zwischenbericht mitverwertet, der für die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestimmt ist.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 2080.

³ Auslassung in der Vorlage.

⁴ Für den Wortlaut des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 838–916.

⁵ Dazu wurde im Kommuniqué über den Besuch einer Delegation aus der DDR unter Leitung des Ministerpräsidenten Grotewohl vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau ausgeführt: „Auf Grund eines Ersuchens der Regierungsdelegation der DDR wurde folgende Vereinbarung getroffen: Es werden nach einem festgelegten Modus Maßnahmen getroffen, um die deutschen Kriegsgefangenen von der weiteren Abbüßung der Strafen zu befreien, zu denen sie für während des Krieges begangene Verbrechen verurteilt wurden. Hieron ausgenommen sind Personen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, Bd. 2, S. 5974.

⁶ Die achte Sitzungsperiode der UNO-Generalversammlung fand vom 15. September bis 9. Dezember 1953 in New York statt.

Andererseits ist vielleicht auch Optimismus Generalsekretärs nicht ganz unberechtigt, daß auch Russen Weg suchen könnten, um Gefangenensproblem vor Beginn VN-Debatte zu bereinigen. Ich bat Generalsekretär lediglich, mich über Verhandlungen britischen Vertreters auf dem laufenden zu halten, was er mir zusagte, allerdings mit dem Bemerkern, daß Lloyd Zustimmung dazu geben müßte.⁷

[gez.] Riesser

VS-Bd. 3370 (Referat 508)

265

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar Conant

Geheim

11. September 1953¹

Anwesend: Der Herr Bundeskanzler, Botschafter Conant, Staatssekretär Prof. Hallstein.

Herr *Conant* möchte sicher sein, daß er nicht mißverstanden hat, welches der Standpunkt des Bundeskanzlers in bezug auf die Verhandlungsgegenstände der Viererkonferenz ist. Er hat verstanden, daß der Bundeskanzler wünscht, daß nur über freie Wahlen und den Status der gesamtdeutschen Regierung verhandelt wird, dagegen nicht über „andere Aspekte“ der deutschen Frage und nicht über den Friedensvertrag. Er möchte sich deshalb vergewissern, weil die Wendung der Antwortnote, man wolle sich auf jene beiden Gegenstände „konzentrieren“, zweideutig ist.²

Bundeskanzler bestätigt, daß Herr Conant ihn in diesem Sinne richtig verstanden hat. Er begründet es noch einmal: „Wenn jetzt die Vier Mächte anfangen, über den Friedensvertrag etwas zu sprechen, und haben dabei ohne uns eine

⁷ Am 18. September 1953 teilte Generalkonsul Riesser, New York (UNO), mit, daß die UNO-Generalversammlung am 17. September 1953 „gegen Protest des Sowjetdelegierten mit 51 gegen fünf Stimmen Sowjetblocks bei Stimmabstaltung Saudi-Arabiens Kriegsgefangenenfrage auf Tagesordnung zu setzen“ beschlossen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; B 10 (Abteilung 2), Bd. 2080.

Am 18. September 1953 übermittelte die Ad-hoc-Kommission der UNO für Kriegsgefangene den Zwischenbericht an den UNO-Generalsekretär Hammarskjöld. Für den Wortlaut vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, EIGHTH SESSION, ANNEXES, Agenda Item 71, S. 2–10.

Am 7. Dezember 1953 nahm die UNO-Generalversammlung die Resolution Nr. 741 an, mit der die Weiterarbeit der Ad-hoc-Kommission für Kriegsgefangene sichergestellt wurde und in der die Mitgliedstaaten erneut aufgefordert wurden, Auskünfte über alle noch zurückgehaltenen oder in Gewahrsam verstorbenen Kriegsgefangenen zu erteilen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS I, Bd. IV, S. 192 f. Vgl. dazu ferner YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1953, S. 412–417.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Hallstein gefertigt.

Hat Legationsrat Pauls vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „MD Blankenhorn hat einen Durchschl[ag].“

² Zur Antwort der Drei Mächte vom 2. September 1953 auf die sowjetischen Noten vom 4. und 15. August 1953 vgl. Dok. 257, besonders Anm. 7.

Einigung festgestellt, dann wird es für eine künftige gesamtdeutsche Regierung sehr schwer sein, dagegen etwas auszurichten.“

Herr *Conant*: „Vielleicht werden einige Leute in meiner Regierung sagen, es handelt sich ja in bezug auf die anderen Aspekte und den Friedensvertrag nicht um eine Verhandlung, sondern nur um ein Gespräch.“

Bundeskanzler erwidert: Man werde sich zu leicht festlegen.

Herr *Conant*: Aber vielleicht werde es dann sehr schwer sein, zu einer Übereinstimmung der vier Regierungen zu kommen. Warum sollen sich vier Minister treffen, um nur über freie Wahlen zu sprechen? Das könnten auch die Hohen Kommissare tun.

Bundeskanzler: Es handelt sich doch um eine wichtige politische Frage, auch um den Status der gesamtdeutschen Regierung. Er muß – wie mit Zustimmung von Herrn *Conant* formuliert wird – ganz frei sein und ohne Bedingungen, wogegen die Russen sagen, wenn der Anschluß an den Westen geschehe, dann seien alle Aussichten der Konferenz vorbei. Österreich habe jetzt eine Beteiligung an den Verhandlungen über Österreich gefordert. „Ich möchte gern einen Mann meines Vertrauens nach Lugano schicken, der mit Ihnen interne Fühlung hat. Ich habe an Herrn Blankenhorn gedacht.“ Auf meinen Einwurf präzisiert der *Bundeskanzler*, daß dieser Herr nicht am Konferenztisch sitzen soll, sondern im Hintergrund in einem Hotel zur Verfügung der westlichen Außenminister bleibt. Denn andernfalls werde auch Pankow einen Mann an den Tisch bringen. Dann würden sich zu leicht Besprechungen entwickeln und in Friedensbesprechungen übergehen. Wir wollen aber, daß vor Friedensverhandlungen eine gesamtdeutsche Regierung gebildet wird.

Herr *Conant* wünscht weiter, daß der Brief des *Bundeskanzlers* wegen der Kleiderhilfe ein späteres Datum erhält, was zugestanden wird.³ Ferner bespricht er die Fassung des Briefes des Präsidenten Eisenhower an Bürgermeister Reuter wegen Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit.⁴

VS-Bd. 273 (Büro Staatssekretär)

³ Am 30. August 1953 wies *Bundeskanzler Adenauer* Präsident Eisenhower darauf hin, daß im kommenden Winter „die Bevölkerung des Ostsektors und der sowjetisch besetzten Zone an warmer Kleidung und Schuhen großen Mangel leiden wird. Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um auch in dieser Hinsicht der Not zu steuern. Ich würde aber besonders dankbar dafür sein, wenn die amerikanische Regierung sich entschließen könnte, diese Hilfsaktion durch die Bereitstellung von warmer Wäsche, Unterwäsche, Strümpfen und Schuhen für Männer, Frauen und Kinder in den notleidenden Gebieten zu fördern.“

Am 21. September 1953 sagte Eisenhower Hilfe zu. Für die Schreiben vgl. BULLETIN 1953, S. 1509.

⁴ Am 10. August 1953 bat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, Präsident Eisenhower um Unterstützung für „noch immer zweihundertfünfundzwanzigtausend Arbeitslose, die von der Arbeitslosenversicherung und -unterstützung leben müssen“. Vgl. REUTER, Schriften–Reden, S. 763. Am 18. September 1953 wurde die vom 22. August 1953 datierende Antwort von Eisenhower veröffentlicht: „While great progress has been made in raising the level of economic activity and employment in West Berlin we all realize that much remains to be done. The present investment and work relief programs in Berlin were, I am informed, carefully developed in the light of the needs of Berlin and the ability of the Berlin authorities, business and labor, to assist in the creation of additional jobs in existing or new enterprises. I have no doubt that the Berlin authorities can improve present programs in consultation with the Bonn authorities and the Office of the United States High Commissioner. If proposals can be devised which would give promise of a further substantial increase in employment in Berlin, the United States Government would be prepared to explore with the Federal Republic what further steps the two governments might find it possible to take to achieve this objective.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1953, S. 587 f.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Etzdorf

210-02/55-III-19157/53

12. September 1953¹

Betr.: Deutsche Vertretung in Österreich

1) Wie aus Bemerkungen von Mr. Koszak hervorgeht, hat die AHK bisher der Errichtung einer Handelsvertretung der BRD in Wien nicht zugestimmt, da sie vermeiden will, daß die Sowjetunion vor den Viererbesprechungen in die Lage kommt, Gegenforderungen zu stellen, indem sie die Zulassung einer Handelsvertretung der DDR beantragt und dadurch die West-Alliierten vor die Frage einer de facto Anerkennung der DDR stellt.²

2) Nach Ansicht der AHK ist es nämlich möglich, daß sich die Sowjetunion auf den Standpunkt stellt, die Zulassung einer Handelsvertretung in Wien bedürfe der Genehmigung durch den Alliierten Kontrollrat. Artikel 7 des Vier-Mächte-Abkommens über die Kontrolle Österreichs vom 28.6.1946³ bezeichnet zwar nur die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen durch Österreich für genehmigungsbedürftig und erwähnt die Errichtung von Handelsvertretungen – im Gegensatz zum Besatzungsstatut für die BRD⁴ – nicht. Die Sowjetunion könnte jedoch die Genehmigungspflicht behaupten, indem sie entweder den Artikel 7 extensiv auslegt oder indem sie die Handelsvertretung als eine Tarnung einer genehmigungsbedürftigen konsularischen Vertretung bezeichnet.

3) Das weitere westalliierte Bedenken, die Sowjets könnten den deutschen Beamten das Einreise-Visum nach Wien verweigern oder die Westalliierten müßten zu einem Einreiseantrag von Beamten einer Handelsvertretung der DDR Stellung nehmen, ist hinfällig geworden, da ab 15. September nicht mehr der Alliierte Kontrollrat, sondern nur noch österreichische Stellen über Visum-Anträge entscheiden.

4) Die österreichische Regierung ist der Ansicht, die Errichtung einer Handelsvertretung bedürfe keiner Genehmigung durch den Alliierten Kontrollrat. Der österreichische Botschafter⁵ hat ferner dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, seine Regierung sei nicht gewillt, eine Vertretung der DDR zuzulassen. Um jedoch einen etwaigen Antrag der DDR besser ablehnen zu können und etwaigen Schwierigkeiten seitens der Sowjets aus dem Wege zu gehen, hat er empfohlen, zunächst auf der Basis des im bestehenden Handelsabkommen vorgesehenen gemischten Regierungsausschusses⁶ zu operieren.

¹ Hat Botschaftsrat Ostermann von Roth am 18. September 1953 vorgelegen.

² Zu den Bemühungen, eine Vertretung der Bundesrepublik in Österreich zu errichten, vgl. Dok. 161.

³ Für Artikel 7 des Zweiten Kontrollabkommens über Österreich vgl. Dok. 35, Anm. 3.

⁴ Vgl. dazu Artikel 3, Absatz 1 der Entscheidung Nr. 11 der AHK vom 6. März 1951 über die Zuständigkeit der Bundesregierung auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten; Dok. 227, Anm. 2.

⁵ Heinrich Schmid.

⁶ Vgl. dazu Artikel 6 des Handelsabkommens vom 19. Januar 1951 zwischen der Bundesrepublik und Österreich; BUNDESANZEIGER, Nr. 22 vom 1. Februar 1951, S. 2.

5) Der Herr Staatssekretär hat dementsprechend Mr. Dowling am 10. August erklärt, die Bundesregierung werde sich bis auf weiteres mit der Entsendung einer Verhandlungsdelegation begnügen, die allerdings in Permanenz tagen werde.

Die AHK hat mit Schreiben vom 24. August gebeten, ihr genaue Einzelheiten dieses Vorhabens mitzuteilen.⁷

6) Es bestand die Absicht, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK⁸ in einem Aide Mémoire⁹ folgende Einzelheiten unseres Vorhabens mitzuteilen:

In Artikel VI des deutsch-österreichischen Handelsabkommens vom 19. Januar 1951 ist ein Gemischter Regierungsausschuß eingesetzt worden, welcher die Aufgabe hat, die Durchführung der jeweils laufenden Wirtschaftsvereinbarungen zu überwachen und die dauernde Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten im Auge zu behalten. Der Regierungsausschuß ist bereits von Zeit zu Zeit abwechselnd in Deutschland und Österreich zusammengetreten. Die Bundesregierung wird nunmehr den deutschen Vorsitzenden des Regierungsausschusses, Herrn Mueller-Graaf, mit voraussichtlich zwei Mitarbeitern des höheren Dienstes und dem notwendigen Büropersonal seinen ständigen Sitz in Wien nehmen lassen. Der DDR könne dies nicht als Präzedenzfall dienen, da sie kein Handelsabkommen mit Österreich und somit auch keinen Gemischten Regierungsausschuß hat.

7) Am 10. September teilte mir der Sachbearbeiter beim Britischen Hohen Kommissar, Mr. Swaine, mit, daß man es bei der AHK im Hinblick auf die sowjetische Reaktion begrüßen würde, wenn wir unsere Maßnahmen in Wien von dem Ergebnis der Viererkonferenz abhängig machten. Wir würden damit politischen Schwierigkeiten für die Alliierten vorbeugen. Dies gelte auch für den Fall, daß wir lediglich eine Verhandlungsdelegation entsenden. Näheres hierzu ergibt sich aus den anliegenden Aufzeichnung vom 10. d. M.¹⁰ Die Mitteilungen Mr. Swaines decken sich mit früheren Äußerungen von Mr. Koszak und M. Bérard.

8) Da auf Grund dieser Mitteilung mit einer Stellungnahme der AHK zu dem unter 6) erwähnten Vorgehen nicht so bald zu rechnen ist, schlagen Abt. III und IV nunmehr folgendes vor:

Der Gemischte Regierungsausschuß, der ohnehin zur Erörterung schwiegender Fragen im Oktober zusammenentreten muß, wird diesmal turnusgemäß in Österreich tagen. Abt. III wird dies den zuständigen Sachbearbeitern der AHK mitteilen, um Mißverständnissen vorzubeugen.¹¹ Eine Genehmigung für die Sitzung in Wien ist nicht erforderlich.

⁷ Für das Schreiben des Generalsekretärs der AHK, Gration, an Ministerialdirektor Blankenhorn vgl. Dok. 227, Ann 4.

⁸ Armand Bérard.

⁹ Für das undatierte Aide-mémoire vgl. VS-Bd. 6874 (Abteilung 3); B 150, Aktenkopien 1953.

¹⁰ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 6874 (Abteilung 3); B 150, Aktenkopien 1953.

¹¹ Dazu vermerkte Ministerialdirigent von Etzdorf am 23. September 1953: „Die Mitglieder des mit der Frage einer deutschen Vertretung in Österreich befaßten Unterausschusses der AHK, M. Arnaud, Mr. Swaine und Mr. Koszak, sind von Abteilung III je gesondert am 19., 17. und 23. September davon unterrichtet worden, daß die Bundesregierung im Hinblick auf die Bedenken der AHK im Augenblick nicht auf der Errichtung einer Handelsvertretung oder Entsendung einer ständigen Verhandlungsdelegation nach Wien bestehe, sondern vielmehr beabsichtige, den auf Grund des Artikels VI des Handelsabkommens mit Österreich gebildeten ‚Gemischten Regierungsausschuß‘ für

Sollte sich während der etwa zwei Monate dauernden Sitzungen die Lage hinsichtlich der Vierer-Konferenz geklärt haben, könnte die Absicht zu 6) durchgeführt werden. Dies wäre alsdann mit der AHK abzusprechen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹² vorgelegt.

Etzdorf

VS-Bd. 6784 (Abteilung 3)

267

Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein

Geheim

14. September 1953¹

Dem Herrn Bundeskanzler²

Die wesentlichen Ergebnisse meines Gesprächs mit Herrn Monnet, an dem einige Zeit auch Herr René Mayer teilnahm, sind:

1) Frankreich

Es muß im Herbst zu einer Verbreiterung der Regierung kommen, die Sozialisten müssen einbezogen werden. Die Hauptkräfte gegen die EVG sind:

- a) Auriol: Er habe immer die Meinung vertreten, daß um der Ruhe Europas willen Deutschland wieder vereinigt werden müsse. Dazu brauche man die Russen. Diese seien aber nur zu gewinnen, wenn Deutschland neutralisiert und demilitarisiert würde;
- b) die Gaullisten: Es sei ein Fehler gewesen, wie es René Mayer getan habe, sich mit auf sie zu stützen. René Mayer sehe das jetzt selber ein. Er habe aber seinerzeit die Konzession gemacht, um Ministerpräsident zu werden;
- c) einige einflußreiche Beamte des Quai d'Orsay (er meinte Parodi, Seydoux und andere, ohne daß er sie nannte).

Fortsetzung Fußnote von Seite 798

Ende Oktober nach Wien einzuberufen. [...] Die drei alliierten Vertreter nahmen diese Mitteilung mit Dank zur Kenntnis und äußerten keine Bedenken, sofern es sich zunächst nur um eine echte Sitzung des Regierungsausschusses handelt. Sie bestätigten, daß unter den gegebenen Verhältnissen die keiner Genehmigung der AHK bedürfende Einberufung des Regierungsausschusses das einzige mögliche Vorgehen sei, da die AHK aus politischen Gründen ihre Zustimmung zu einer dauernden Entsendung eines amtlichen deutschen Vertreters oder einer Verhandlungsdelegation nach Wien zur Zeit nicht geben könne. Falls wir später daran dächten, den Ausschuß oder seinen Vorsitzenden dauernd in Wien zu belassen, müßten wir dies mit der AHK abstimmen.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 64.

¹² Hat Staatssekretär Hallstein am 7. Oktober 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Überholt.“

¹ Hat Legationsrat Pauls am 15. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „MD Blankenhorn hat Durchschlag.“

² Hat Bundeskanzler Adenauer laut handschriftlichem Vermerk des Staatssekretärs Hallstein vom 14. September 1953 vorgelegen.

Am Dienstag³ findet die Sitzung des französischen Kabinetts statt, in der die Instruktionen für die römische Delegation beschlossen werden. Monnet fuhr noch am Samstag⁴ nach Paris, um Reynaud vor dessen Abreise zu sprechen und auch sonst auf die Kabinettssitzung Einfluß zu nehmen. Für entscheidend wichtig hielt er, daß der Herr Bundeskanzler in einem persönlichen Brief an Bidault appelliere, um ihn zu einer klaren Stellungnahme zugunsten einer von einem echten europäischen Parlament kontrollierten europäischen Exekutive zu bewegen.⁵

2) Amerika

Er habe keine genaueren Nachrichten über die politische Linie dort, aber er könne sich vorstellen, daß die Nachricht über die Wasserstoffbombe in Rußland⁶ einen außerordentlich ungünstigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübe. Der Gedanke sei in der Luft. Es komme nicht darauf an, in Europa durch Erdtruppen Terrain zu halten, sondern eine strategische Luftflotte bereitzuhalten, die im Ernstfall den Atombombenangriff auf Amerika abwehren könne. Infolgedessen warne er dringend vor dem Spiel mit Ideen, wie sie schon in die Presse gelangt sind, demilitarisierte Zonen in Europa einzurichten und die amerikanischen Truppen hinter eine bestimmte Linie zurückzunehmen. Das gebe dem in Amerika sehr populären Wunsch Auftrieb, amerikanische Truppen überhaupt aus Europa zurückzuziehen.

3) England

Die englische Einstellung zur Integration habe sich wesentlich verbessert. Er habe darüber Gespräche in London schon im Juli mit dem Foreign Office gehabt, und kürzlich habe ihn Frank Roberts besucht. Auf dieser Grundlage seien Pläne über eine Assoziation Englands mit der Montanunion in Ausarbeitung, die er mir bald vertraulich übermitteln werde.⁷ Diese sähen nicht ein bloßes Vertragsverhältnis mit England vor, sondern Institutionen, durch die die Angliederung Englands an die Montanunion organisiert werde. Das könne dann das Modell für andere Gemeinschaften abgeben.

³ 15. September 1953.

⁴ 12. September 1953.

⁵ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 16. September 1953 an den französischen Außenminister Bidault vgl. Dok. 270, Anm. 3.

⁶ Am 8. August 1953 erklärte der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Malenkov, vor dem Obersten Sowjet in Moskau: „Bekanntlich wiegten sich im Ausland die Anhänger eines Krieges geraume Zeit in Illusionen über ein Monopol der Vereinigten Staaten von Amerika in der Atombombenproduktion. Die Wirklichkeit hat jedoch gezeigt, daß dies ein schwerer Irrtum war. Die Vereinigten Staaten sind schon längst keine Monopolisten der Atombombenproduktion. In der letzten Zeit suchten sich die überseeischen Friedensfeinde einen neuen Trost. Die Vereinigten Staaten hätten nämlich eine Waffe, die mächtiger wäre als die Atombombe: sie seien Monopolisten der Wasserstoffbombe. Offenbar wäre das ihnen ein gewisser Trost, wenn es den Tatsachen entsprechen würde. Das ist aber nicht der Fall. Die Regierung erachtet es als notwendig, dem Obersten Sowjet mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten nicht Monopolisten in der Produktion der Wasserstoffbombe sind.“ Vgl. OST-PROBLEME 1953, S. 1428.

⁷ Seit dem 17. November 1952 tagte in Luxemburg ein gemischter Ausschuß für die Assozierung Großbritanniens mit der EGKS.

Am 28. Dezember 1953 gab die Hohe Behörde bekannt, daß sie der britischen Regierung Vorschläge für Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EGKS unterbreitet habe. Vgl. dazu das Communiqué; BULLETIN 1953, S. 2067.

4) Rußland

Streng vertraulich sagte mir Monnet, der russische Botschafter⁸ habe ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister Pleven gehabt, in dem er diesem die Gefahren einer deutschen Wiederaufrüstung klarmachen wollte. Pleven habe eingewandt, die Russen wollten ja selbst eine deutsche Nationalarmee schaffen. Darauf habe der russische Botschafter geantwortet, das sei etwas ganz anderes, denn diese Armee werde unter einer wahrhaft demokratischen Kontrolle sein. „Demokratisch“ stehe hier für „volksdemokratisch“, sagte Monnet, und die Bemerkung sei deshalb so interessant, weil sie zeige, daß die Russen sich unter einer Regierung, die aus sowjetzonalen Elementen und solchen der Bundesrepublik gemischt sei, unzweideutig eine Regierung vorstellen, in der die volksdemokratischen Elemente dominierten. Ich erwiderte Monnet, daß das für uns nichts Neues sei. Die Bestätigung sei immerhin sehr interessant.

5) Deutschland

Monnet begann damit, daß ihm die weitere Führung der deutschen Außenpolitik durch den Herrn Bundeskanzler als entscheidend erscheine. Deshalb sei er der Entwicklung dieser Frage mit der größten Spannung gefolgt. An dem Wahlsieg erscheine ihm am bedeutsamsten neben der Vernichtung der extremen politischen Faktoren das eindeutige Votum der Jugend für die bisherige Politik.⁹

Hallstein

VS-Bd. 275 (Büro Staatssekretär)

268

Botschafter Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt

210-00-I-Tgb. Nr. 3296/53

14. September 1953¹

Betr.: National-Chinesische Mission in Paris

Am 12. September besuchte mich der national-chinesische Geschäftsträger ad interim, bevollmächtigter Minister Dr. Tuan Mao-lan. Herr Tuan war gerade von einer Reise nach Formosa zurückgekehrt, wo er den Marschall Tschiang-Kai-schek mehrere Male gesprochen hatte. Herr Tuan versicherte mich in offizieller Form der hohen Bewunderung des Marschalls für den Herrn Bundeskanzler. Er sprach in sehr nachdrücklicher Form seine persönliche Gratulation

⁸ Sergej Alexandrowitsch Winogradow.

⁹ Die Bundestagswahlen fanden am 6. September 1953 statt. Zum Ergebnis vgl. Dok. 262, Anm. 1.

¹ Hat Ministerialdirigent Bräutigam am 19. September 1953 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Etzdorf vorgelegen, der handschriftlich Gesandten Fischer um Rücksprache bat.

Hat Fischer vorgelegen.

zum Ergebnis der Bundestagswahlen² aus und gab, wie schon früher mehrere Male, dem Wunsch seiner Regierung Ausdruck, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und seinem Lande möchten in eine positivere Phase der Entwicklung eintreten. Angesichts der Zurückhaltung, die unsere Mission weisungsgemäß gegenüber dem von Herrn Tuan schon mehrfach vorgebrachten Gedanken der Aufnahme konsularischer und diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern bezeugt hatte³, verhinderte Herr Tuan es diesmal, solche konkretisierten Anliegen vorzubringen. Er beschränkte sich auf allgemeine Versicherungen besonderer Sympathie seiner Regierung, seines Landes und seiner eigenen Person für die Bundesrepublik.

Allerdings gab er im weiteren Verlauf des Gesprächs noch dem speziellen Verlangen Ausdruck, die kommerziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern möchten sich verdichten. Im einzelnen verwies er auf das Interesse seines Landes am Export von Zucker. Herr von Hake, den ich in diesem Augenblick des Gesprächs hinzubat, und ich selbst hielten es für angemessen, gegenüber diesem Anliegen eine rein registrierende Haltung einzunehmen.

Es wurde unsererseits überhaupt vermieden, irgendeine Perspektive zu eröffnen: Wir verblieben nach wie vor in jeder sachlichen Hinsicht bei einer sehr höflichen Reserve, wie es der Situation und den uns bisher erteilten Instruktionen entsprach.

Herr Tuan versicherte, er habe sein Land in erfreulichem Zustand und in versprechender Entwicklung gefunden. Er legte großen Wert darauf, festzustellen, daß es namentlich auch den Bauern auf Formosa gutgehe und daß die national-chinesische Armee in bester Verfassung sei. Es lag ihm sichtlich daran, die Bedeutung National-Chinas als eines wachsenden positiven Faktors innerhalb der Weltpolitik glaubhaft zu machen. Objektive Kriterien wurden natürlich nicht erkennbar.

Eine Rückkehr auf das nun kommunistische chinesische Festland schien Herrn Dr. Tuan nur im Zusammenhang einer günstigen Entwicklung der Verhältnisse des Westens gegenüber der sowjetischen Machtssphäre möglich. Die Vorstellung eines neuen Krieges schien ihm dabei fernzuliegen.

Ein spezifischer Gegenstand der Sorge des Herrn Tuan, nämlich die Frage nach dem Handelsverkehr okzidentaler Staaten mit dem kommunistischen China, wurde von ihm in ebenso merklicher wie beiläufiger Weise angebracht und von unserer Seite mit geziemender Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Alles in allem war der Besuch des Herrn Tuan, zu dessen Haus unsere Mission in freundlichen, jedoch nicht etwa akzentuierten gesellschaftlichen Beziehungen steht, der Absicht gewidmet, das Klima zwischen seiner und unserer Mission bei einer relativen Annehmlichkeit der Temperatur zu halten und einem wenigstens sympathisch-neutralen Verhältnis der beiden Vertretungen Kontinuität zu geben.

Herr Tuan, des Deutschen in leidlichen Graden mächtig (er hat in Deutschland studiert) und stets bereit, sein freundschaftliches Interesse für die Bundesrepu-

² Zum Ergebnis der Bundestagswahlen vom 6. September 1953 vgl. Dok. 262, Anm. 1.

³ Vgl. dazu AAPD 1951, Dok. 94, und AAPD 1952, Dok. 188.

blik zu unterstreichen, ist ein kluger, auch sehr verbindlicher Mann und übrigens durch seinen ebenso gescheiten wie angenehmen Botschaftsrat, Herrn Dr. Tschen Hiong-fei, nach aller Wahrscheinlichkeit vorzüglich beraten.

Die Unterhaltung dauerte etwa eine halbe Stunde.

Sollte es wünschenswert erscheinen, daß die im Voranstehenden skizzierte Haltung unserer Vertretung gegenüber der national-chinesischen Mission in Paris künftig irgendwie modifiziert werde, so darf um entsprechende neue Weisung gebeten werden.⁴

Hausenstein

B 11 (Abteilung 3), Bd. 331

269

Vortragender Legationsrat von Kessel, Paris, an das Auswärtige Amt

Tgb. Nr. 592/53 geheim

15. September 1953¹

Betr.: Vredenburch zur politischen Lage

Der stellvertretende Generalsekretär von NATO, Botschafter van Vredenburch, der mich gestern eingeladen hatte, gratulierte mir herzlich und sichtlich erfreut zum Ausgang der deutschen Wahlen². Als ich ihn fragte, welches die Reaktion der Franzosen gewesen sei, meinte er, sie hätten den Wahlausgang mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen und seien offensichtlich enttäuscht gewesen, daß gar keine Nazis in den Bundestag eingezogen seien. Das französische

⁴ Ministerialdirigent Bräutigam wies die diplomatische Vertretung in Paris an, „Herrn Minister Dr. Tuan Mao-lan gegenüber, wenn er dort entsprechende Wünsche seiner Regierung erneut zur Sprache bringt, wie bisher freundliche Zurückhaltung zu wahren. Dagegen besteht hier Interesse und Bereitwilligkeit, den Handel zwischen Formosa und der Bundesrepublik auf Kompensationsbasis zu intensivieren. Hierüber hat zuletzt am 31. v[orherigen] M[onats] im Bundesministerium für Wirtschaft eine Besprechung mit einer formosanischen Wirtschaftskommission stattgefunden. In erster Linie kommt die Lieferung von Zucker aus Formosa in Frage, und es wurde der formosanischen Wirtschaftskommission zugesagt, daß etwaige Angebote hier wohlwollend geprüft werden würden. Herrn Dr. Tuan könnte deshalb, wenn er wieder auf sein Anliegen zurückkommt, gesagt werden, daß der Wunsch, die kommerziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern möchten sich verdichten, hier geteilt und weiteren Mitteilungen der formosanischen Wirtschaftskommission entgegengesehen wird.“ Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 331.

¹ Hat Gesandtem I. Klasse Ophüls am 18. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blankenhorn und Staatssekretär Hallstein verfügte.
Hat Blankenhorn vorgelegen.

Hat Hallstein am 19. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Maltzan verfügte.

Hat Maltzan am 21. September 1953 vorgelegen.

² Zum Ergebnis der Bundestagswahlen vom 6. September 1953 vgl. Dok. 262, Anm. 1.

Hochkommissariat in Bonn habe im übrigen ganz falsch „gelegen“ und noch am Wahltag selber von einer bevorstehenden Niederlage des Herrn Bundeskanzlers gesprochen.

Ich nahm Gelegenheit, Vredenburch auseinanderzusetzen, der Herr Bundeskanzler werde sowohl nach innen wie nach außen große Mäßigung an den Tag legen. Wir würden auf die Franzosen keinen Druck ausüben, sondern uns darauf beschränken, die EVG in Deutschland baldmöglichst in Kraft zu setzen, um dann abzuwarten, was die Franzosen täten. Ganz persönlich müßte ich ihm allerdings sagen, daß das Spiel der Verzögerungen nun allmählich ein Ende finden müsse; so gehe es nicht weiter. In den nächsten sechs Monaten müsse in der einen oder anderen Form eine endgültige Entscheidung über ein etwaiges deutsches Truppenkontingent fallen.

Vredenburch stimmte mir lebhaft zu und erörterte die verschiedenen Möglichkeiten, wie man die Franzosen zu einem Entschluß bewegen könne. Dabei kam er erneut auf seine Lieblingsidee zu sprechen, man solle Deutschland in die NATO aufnehmen und vorläufig nur die militärischen Klauseln der EVG in Kraft setzen³. Die Verwirklichung der übrigen Teile des Vertrages⁴ (supranationale Struktur sowie gemeinsame Finanz- und Rüstungswirtschaft) könne man auf später verschieben. Ich erwiderte ihm, nach meinen Eindrücken werde man sich mit diesem Projekt in Deutschland gar nicht oder nur sehr schwer befreunden; immerhin sei auch diese Lösung noch besser als die Bildung einer nationalen Armee. Von vornherein auszuschließen sei jede Lösung, die Deutschland diskriminiere und erneut monate- oder gar jahrelange Verhandlungen notwendig mache.

Mein Gesprächspartner kam im Laufe der Unterhaltung immer wieder darauf zurück, in welcher Form man einen Druck auf Frankreich ausüben könne. Die Amerikaner seien bekanntlich zu einem solchen Druck gern bereit, doch hätten sie ihr diesbezügliches Konto bei den Franzosen eigentlich schon überzogen. Die Franzosen verhielten sich gegenüber entsprechenden amerikanischen Demarchen gleichgültig oder ablehnend. Er, Vredenburch, komme gerade aus England und habe den Eindruck mitgebracht, es sei erforderlich, die Engländer mehr als bisher heranzuziehen und einzuschalten. Er glaube, London sei durchaus bereit, die Franzosen in ganz allgemeiner Form zur Ordnung zu rufen. Er glaube auch, daß eine entsprechende Haltung der Engländer auf die französische Regierung Eindruck machen werde. Es gehe nicht nur um die Frage der Assoziiierung Englands, sondern um eine grundsätzliche Beteiligung der britischen Regierung an der europäischen Politik. Ich bemerkte dazu, diese Gedankengänge leuchteten mir zwar ein, doch sähe ich nicht, was wir dazu tun könnten, um die Engländer zu einer größeren Aktivität zu bewegen. Vielleicht könnten Holland und Belgien sich in dieser Hinsicht stärker einschalten. Im übrigen wies

³ Der Passus „vorläufig ... setzen“ wurde von Gesandtem I. Klasse Ophüls hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Dies ist schon vertragstechnisch sehr schwer. Die Trennung der militärischen Klauseln würde langwierige Verhandlungen erfordern.“

⁴ Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

ich Vredenburch noch einmal darauf hin, daß man in Bonn nicht weniger als in Washington an der EVG festhalte und die Intervention Großbritanniens oder eines anderen Landes zugunsten einer Entscheidung über die Aufstellung des deutschen Kontingents nur dann begrüßen werde, wenn die EVG keinen Schaden leide.

Auf meine Frage, wie er die Aussichten für eine Ratifizierung der EVG im französischen Parlament beurteile, gab Vredenburch keine klare Antwort. Anstatt dessen erkundigte er sich bei mir, ob man in Bonn glaube, daß die Sowjets die Einladung zur Vierer-Konferenz annehmen würden⁵, was ich in vorsichtiger Form bejahte. In Paris und London, so erwiderte er, sei man der gleichen Auffassung. Er selber könne sich in dieser Beziehung kein Bild machen. Ob Moskau zu einem wirklichen Entgegenkommen bereit sei, könne niemand wissen; komme die Konferenz zustande, so sei es das Wichtigste, sie zeitlich zu begrenzen, ohne daß es zu einem Bruch und zu einem Abreißen des wiederaufgenommenen Gesprächs komme.

Die Diplomatische Vertretung und Herr Blank sind unterrichtet worden.

Kessel

B 10 (Abteilung 2), Bd. 973

⁵ Zur Antwort der Drei Mächte vom 2. September 1953 auf die sowjetische Noten vom 4. und 15. August 1953 vgl. Dok. 257, besonders Anm. 7.

270

**Ministerialdirektor Blankenhorn, z.Z. Paris,
an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein**

MB 364/53 geheim**16. September 1953¹****Brieftelegramm****Für den Herrn Bundeskanzler und Staatssekretär Hallstein² ausschließlich**

Habe heute vormittag Präsident Bidault das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers übergeben.³ Präsident Bidault empfing mich sehr freundlich und bat mich einleitend, dem Herrn Bundeskanzler nochmals seine aufrichtigen Glückwün-

¹ Ministerialdirektor Blankenhorn hielt sich vom 15. bis 18. September 1953 in Paris auf. Über den Grund für seine Entsendung vermerkte Blankenhorn am 15. September 1953: „Vormittags erhalten wir die Nachricht, daß die Franzosen ihrerseits die Initiative zu einem deutsch-französischen Gespräch ergreifen wollen. Die französische Regierung habe den Entwurf eines an den Bundeskanzler gerichteten Schreibens, das ganz die Atmosphäre des Quai d'Orsay atme, der englischen und amerikanischen Regierung übergeben. Der Bundeskanzler entschließt sich hierauf, mich noch am gleichen Abend mit seinem an Bidault gerichteten Schreiben nach Paris zu entsenden.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24.

Über die Unterredung mit dem französischen Außenminister notierte Blankenhorn: „Unterhaltungen mit Bidault haben ihren eigenen Charakter. Ich habe immer das Empfinden, einem Mann gegenüberzusitzen, der in Spiralen denkt und sich gewollt unklar ausdrückt. Gedanken werden begonnen, werden dann durch andere überholt – das Ganze macht den Eindruck von Tasten, Unklarheit und gelegentlich auch von Sachkenntnis. Seine Stärke liegt nicht in der Präzision, sondern in der taktischen Behandlung von Menschen. Ob er sich halten wird, erscheint fraglich, denn die eigene Partei folgt ihm nur noch zu einem geringen Teil. Es kann aber sein, daß dieser große Taktiker in der Behandlung von Parlamentsmehrheiten im Spiele mit allen, das von wenigen durchschaut wird, sich noch einmal behauptet. Sein Ehrgeiz ist unbeschränkt. Wahrscheinlich aspiriert er die Präsidentschaft. [...] Die Regierung steht auf schwankendem Boden, und ich fürchte, kurz vor der Auflösung des französischen Parlaments. Was soll man mit einem solch mangelhaften Faktor anfangen? Ich fürchte, daß wir in Bidault nicht den Gesprächspartner haben, den wir brauchen. Vielleicht ist dieses Gespräch überhaupt verfrüht. Vielleicht wäre es besser, noch ein paar Wochen oder Monate zu warten, um eine Regierung an der Macht zu sehen, die auf breiterer Grundlage ruht, denn die Bestrebungen, die Koalition nach links zu erweitern, sind in vollem Gange und nicht ausstehlos.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24. Vgl. dazu ferner BLANKENHORN, Verständnis, S. 172 f.

² Hat Staatssekretär Hallstein am 17. September 1953 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

³ Bundeskanzler Adenauer regte gegenüber dem französischen Außenminister Bidault an, „das Werk des europäischen Zusammenschlusses fortzuführen. [...] So ist es meine große Hoffnung, daß die bevorstehende römische Konferenz uns einige Schritte der Bildung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft näherbringt, in welcher ein aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehendes europäisches Parlament die europäische Exekutive in demokratischer Weise kontrolliert. Ich befnde mich sicherlich auch in Übereinstimmung mit Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß es in den kommenden Monaten gelingen möge, die Ratifikation des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in den sechs Partnerstaaten durchzusetzen. Wir waren uns beide bewußt, daß ein stabiles, lebensfähiges europäisches Gebäude ohne gesunde, auf der Grundlage vertrauensvoller und loyaler Zusammenarbeit ruhende Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht denkbar ist. [...] Es liegt mir deshalb ganz besonders am Herzen, nach der Regierungsbildung und dem Zusammentritt des Bundestages mit Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, einmal in einer persönlichen Aussprache diese Probleme zu erörtern und hierbei auch die Modalitäten festzulegen, unter denen ihre Lösung gesucht werden soll. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir diese gemeinsame Aussprache möglichst bald, etwa im Oktober, stattfinden lassen.“ Vgl. ADENAUER, Briefe 1951–1953, S. 432.

sche zu dem großen persönlichen Erfolg der Bundestagswahlen zu übermitteln.⁴ Nach Lektüre des Schreibens sagte Herr Bidault, daß er mit den darin entwickelten Gedanken voll übereinstimme und daß er dem Herrn Bundeskanzler eine entsprechende Antwort schriftlich geben wolle. Er sei zu einer Aussprache über die deutsch-französischen Probleme durchaus bereit.⁵

Nach seiner Auffassung könne man mit der Ratifizierung von EVG durch das französische Parlament im Laufe der nächsten Monate rechnen. Er glaube, daß es ihm persönlich gelingen werde, die Gaullisten zu einer Annahme des Vertrages⁶ und, falls dies nicht erreichbar sei, zu einer Stimmenthaltung zu bewegen. Er hoffe, daß es ihm ferner gelingen werde, bei den Sozialisten die Annahme des Vertrages durchzusetzen. Hierfür sei eine günstige Vorbedingung die Tatsache, daß man unmittelbar vor dem Abschluß der Assoziierungsverhandlungen mit Großbritannien stehe.⁷

Die Ratifizierung von EVG im französischen Parlament hänge aber ganz entscheidend von den Verhandlungen über die europäische politische Gemeinschaft ab. Hier sei äußerste Vorsicht geboten. Die französische Rechte würde sich nicht mit einem zu stark betonten supranationalen Charakter abfinden. Er habe deshalb auch dem Vorschlag verschiedener seiner Ministerkollegen, Herrn Alphand mit der Führung der Verhandlungen in Rom⁸ zu trauen, nicht entsprechen können, denn die Entsendung Alphands bedeute den Verlust von mindestens 30 Stimmen auf der Rechten.

Selbstverständlich sei auch die französische Regierung nach wie vor für ein direkt gewähltes europäisches Parlament. Was die Exekutive anlange, so müsse es zunächst bei der Hohen Behörde des Schuman-Plans und bei dem in Aussicht stehenden Kommissariat der EVG verbleiben. Das Schwergewicht müsse bei einem Ministerrat liegen, wobei diesem ein Vetorecht nicht zustehen dürfe. Man müsse bei der Bildung der europäischen politischen Gemeinschaft auf dieser Linie nach Möglichkeit etappenweise vorgehen, um unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, den französischen Botschafter in Rom, Fouques-Duparc, zum Delegationsleiter für die römische Konferenz zu ernennen, der, wie er sich ausdrückte, weder zu den „Nihilisten“ noch zu den „Maximalisten“ gehöre. Eine der europäischen Integration gegenüber ablehnend eingestellte Persönlichkeit des Quai d'Orsay würde nicht nach Rom entsandt werden. Fouques-Duparc würde keine detaillierten In-

⁴ Die Bundestagswahlen fanden am 6. September 1953 statt. Zum Ergebnis vgl. Dok. 262, Anm. 1.

⁵ Der französische Außenminister Bidault antwortete Bundeskanzler Adenauer am 20. September 1953: „Ich bin wie Sie überzeugt, daß es überaus wichtig ist, daß der europäische Aufbau unbedingt vollzogen werde und daß dessen Grundlage das Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich sein muß. Wird dieses große Unternehmen zu der Versöhnung unserer beiden Völker führen und sie besiegeln, so ist es nicht weniger wahr, daß unser Einvernehmen über die zwischen uns zu regelnden Fragen einen unentbehrlichen Faktor für die Erbauung und die Harmonie der Gemeinschaft bildet.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24.

⁶ Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

⁷ Vgl. dazu die britischen Vorschläge vom 22. September 1953; Dok. 273, Anm. 10.

⁸ In Rom fand vom 22. September bis 9. Oktober 1953 die Konferenz der Stellvertreter der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten über eine Europäische Politische Gemeinschaft statt. Vgl. dazu Dok. 275 und Dok. 284.

struktionen erhalten, er solle sich auf eine allgemeine Erörterung der Probleme beschränken.⁹

Herr Bidault enthielt sich nicht einiger kritischer Bemerkungen an die amerikanische Adresse. Die Amerikaner hätten die Absicht, den französischen Ministerpräsidenten Laniel zu einem Zusammentreffen mit Eisenhower in Washington zu veranlassen. Er sei gegen eine solche Reise Laniels, da sie nur darauf hinauslaufen könnte, daß Frankreich unter Druck gesetzt werde. Er selbst habe auch nicht die Absicht, zur Generalversammlung der UNO nach New York zu reisen. Herr Maurice Schumann würde dort die französische Regierung vertreten.¹⁰

Hinsichtlich der Vier-Mächte-Konferenz hatte Herr Bidault keine neueren Nachrichten. Er schließe aus dem Stil der letzten Sowjet-Note¹¹, daß Herr Molotow die sowjetischen außenpolitischen Geschäfte entscheidend bestimme. Die Note zeige den typischen sterilen Charakter Molotows, den er in so vielen Verhandlungen erlebt habe. Sollte es zu einer Konferenz kommen, was er noch für unsicher halte, so könne er schon jetzt sagen, daß sie ohne Ergebnis auslaufen werde. Auf meine Frage, ob sich eine solche Konferenz nachteilig auf die Ratifizierungsverhandlungen im französischen Parlament auswirken könnte, erklärte Herr Bidault, daß dies nicht der Fall sein werde. Man erwarte in Frankreich von Sowjetrußland nichts Positives und sei doch nun allgemein überzeugt, daß die Ratifizierung von EVG, ganz ohne Rücksicht auf etwaige sowjetische Störversuche, erfolgen müsse.

Aus dem Gespräch hatte ich den Eindruck, daß Herr Bidault auf recht schwankendem Boden steht und auch selbst sich durchaus noch nicht klar ist, ob es ihm gelingt, die für eine positive Abstimmung zur Ratifizierung des EVG-Vertrages notwendigen Kräfte um die Regierung zu versammeln. Er machte während des Gesprächs die Bemerkung, daß die Gesamtsituation in Frankreich nach wie vor äußerst unsicher sei und daß eine Auflösung des Parlaments vielleicht erfolgen werde. Der Gegensatz zu Teitgen scheint sich auch verstärkt zu

⁹ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Regierung über die Europa-Politik berichtete Botschaftsrat von Walther, Paris, am 25. September 1953: „Der Streit innerhalb des Kabinetts und innerhalb der Parteien geht in erster Linie um die Frage Integration oder Assoziation. Die europäischen Maximalisten im Regierungslager, zu denen vor allem Teitgen, Paul Reynaud, Mutter, Plevé und Maurice Faure zu rechnen sind, stellen sich hinter das Projekt der Straßburger Ad-hoc-Versammlung für eine echte supranationale europäische Exekutive mit umfassenden Kompetenzen, kontrolliert durch ein aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenes Parlament. Die europäischen Minimalisten, die im Kabinett hauptsächlich durch die ehemals gaulistischen Abgeordneten der URAS und ARS vertreten sind, streben eine bloße Assoziation der europäischen Staaten ohne echte über nationale Organe an. Nach ihrer Auffassung sollte das entscheidende Organ der künftigen europäischen Gemeinschaft ein dem nationalstaatlichen Denken verhafteter Ministerrat sein. Sie sind bereit, ein auf allgemeinen und direkten Wahlen beruhendes Europaparlament zu konzedieren, solange seine Kompetenzen vorwiegend sich auf reine Empfehlungen beschränken. Zwischen diesen beiden Lagern stehen vermittelnd Ministerpräsident Laniel einerseits und Außenminister Bidault andererseits, die beide dem Europa-Gedanken lau gegenüberstehen, dennoch aber die Notwendigkeit der Schaffung gewisser europäischer Organe eingesehen haben.“ Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 801.

¹⁰ Die achte Sitzungsperiode der UNO-Generalversammlung fand vom 15. September bis 9. Dezember 1953 statt.

¹¹ Zur sowjetischen Note vom 15. August 1953 an die Drei Mächte vgl. Dok. 246, Anm. 2.

haben, denn Bidault verurteilte die Auffassungen Teitgens, die der unseren nahen kommt, aufs schärfste.

Anschließend hatte ich eine längere Aussprache mit Tomlinson, über die ich getrennt berichten werde.¹²

Blankenhorn¹³

VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär)

271

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder

214-26-10-II-12642/53

17. September 1953¹

Aufzeichnung über ein Gespräch mit Herrn van der Goes am 16. September 1953

I. In dem Bericht van der Goes² ist nicht völlig klargestellt, welchen Inhalt er dem neuen zwischen der Saar und Frankreich abzuschließenden Wirtschaftsvertrag geben will.

Ich habe ihn deshalb am 16. September gefragt, ob er

die Wirtschaftseinheit zwischen der Saar und Frankreich in der Form aufrechterhalten wolle, daß die Saar verpflichtet sei, Frankreich bei allen Maßnahmen zu folgen, die sich auf die Höhe der Produktionskosten auswirken,
oder ob er

die Wirtschaftseinheit auf einen „gemeinsamen Markt“ im engeren Sinn des Wortes beschränkt wissen wolle.

¹² Dazu vermerkte Ministerialdirektor Blankenhorn am 16. September 1953: „Da es mir nicht sehr gefällt, daß der französische Verhandlungsführer Fouques-Duparc keine sehr klaren Instruktionen erhalten soll, treffe ich mich unmittelbar nach dem Gespräch mit Bidault mit Tomlinson zu einem kurzen Mittagessen im ‚Carlton‘. Tomlinson ist ähnlich besorgt wie ich selbst und verspricht, sich unmittelbar mit Teitgen in Verbindung zu setzen. – Am Nachmittag hat es daraufhin eine sehr stürmische französische Kabinettssitzung gegeben, in der der Bidault gezwungen wurde, seine flachen und nichtssagenden Instruktionen zurückzuziehen und sie durch neue konkretere zu ersetzen.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24.

¹³ Paraphe.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Gesandtem I. Klasse Ophüls am 17. September 1953 über Ministerialdirektor Blankenhorn an Staatssekretär Hallstein weitergeleitet. Dazu vermerkte Ophüls: „Der Inhalt des Gesprächs scheint mir wichtig zur Charakterisierung der Haltung, die van der Goes bei künftigen Saarverhandlungen einnehmen wird.“ Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Krapf Blankenhorn vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 3235 (Abteilung 2); B 150, Aktenkopien 1953.

² Am 11. September 1953 legte der Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Europarats, van der Goes van Naters, der Beratenden Versammlung den Bericht über „Das zukünftige Statut der Saar“ vor. Vgl. dazu Dok. 285.

Van der Goes antwortete mir, selbstverständlich wolle er nur das Letztere. Gerade darin bestehe der Unterschied seiner Wirtschaftslösung von der bisherigen Wirtschaftsunion, daß die Saar nicht mehr in Abhängigkeit von Frankreich gehalten werden dürfe.

Ich schnitt darauf kurz die Währungsfrage an und stellte ihm vor Augen, in welchem Umfang Frankreich das Saarland nicht nur dadurch beherrsche, daß dort der französische Franc gelte, sondern auch dadurch, daß das gesamte saarländische Kreditwesen von Frankreich gesteuert werde.

Van der Goes sagte darauf, selbstverständlich müsse dem Saargebiet eine selbständige Kreditpolitik gewährt werden. Er sei überdies jederzeit bereit, über die Frage, wie das Währungsproblem am besten gelöst werde, zu verhandeln. Die Aufrechterhaltung der Frankenwährung im Saargebiet sei keineswegs eine „*conditio sine qua non*“ für ihn.

II. Van der Goes berichtete mir auch über ein Gespräch mit Grandval. Dieser habe u. a. gefordert, daß, im Gegensatz zu dem van der Goes'schen Vorschlag, die Zollverwaltung an der deutsch-saarländischen Grenze in französischer Hand bleiben müsse. Van der Goes habe Grandval daraufhin erklärt, diese Forderung sei für ihn absolut inakzeptabel. Nach seiner Auffassung hätte eine französische Hoheitsverwaltung im Saargebiet keinen Raum mehr. Gehe die Grandval'sche Ansicht bei den Verhandlungen durch, so werde er sofort sein Mandat niederlegen und sich aus der Behandlung der Saarfrage zurückziehen.

Die Schilderung, die van der Goes von seinem Gespräch mit Grandval gegeben hat, ist glaubhaft, weil, wie ich in Straßburg erfahren habe, van der Goes in den Kommissionsverhandlungen einem auf die Grandval'sche Forderung abzielenden französischen Abänderungsvorschlag mit großer Entschiedenheit entgegengetreten ist.

III. Das Vorstehende dürfte die Vermutung verstärken, daß van der Goes jede Forderung mindestens wohlwollend prüfen und debattieren wird, die auf eine „Volleuropäisierung“ der Saar abzielt, sich aber jeder Forderung hartnäckig widersetzen wird, die der Vorherrschaft von Frankreich oder Deutschland an der Saar dient und nicht aus zwingenden Gründen notwendig erscheint.

Thierfelder

VS-Bd. 3235 (Abteilung 2)

Runderlaß des Staatssekretärs Hallstein

210-00-III-18771^{II}/53

Aufgabe: 17. September 1953¹

An alle diplomatischen Auslandsvertretungen sowie an die Generalkonsulate Genf, New York, Singapore, Nairobi und die deutsche Handelsvertretung Helsinki

Unter Bezugnahme auf Runderlaß vom 5.² d. M. III 18771/53³

Weisung obigen Erlasses, Erklärung Bundeskanzlers vom 4. September mit allen Mitteln zu verbreiten, wird hiermit zurückgenommen, da durch solche Verbreitung der Eindruck entstehen könnte, als ob Bundesregierung Erörterung des Problems eines Sicherheitssystems auf der Viererkonferenz in Lugano wünsche. Auffassung Bundesregierung ist vielmehr, daß diese Konferenz sich auf die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen und des Status gesamtdeutscher Regierung beschränken sollte. Zweck des Aufsatzes Bundeskanzlers ist, politische Weltmeinung davon zu überzeugen, daß Deutschland ausschließlich an Verteidigung denkt, daß es zur Befriedigung etwa vorhandenen russischen Sicherheitsbedürfnisses durchaus bereit ist und daß es in EVG ein Element eines allgemeinen Sicherheitssystems sieht, weshalb Gründe unvermindert fortbestehen, EVG zur baldigen Verwirklichung zu bringen. Verbreitung der Erklärung Bun-

¹ Hat Ministerialdirektor Blankenhorn vorgelegen.

² Korrigiert aus: „7.“

³ Am 4. September 1953 führte Bundeskanzler Adenauer in einer Erklärung unter dem Motto „Sicherheit und Frieden für alle!“ u. a. aus, „daß der Zusammenschluß Europas, wie auch die Washingtoner Außenminister-Konferenz festgestellt hat, in sich selbst sinnvoll und vernünftig ist und völlig unabhängig davon zustandekommen wird, ob Europa von der Sowjetunion bedroht wird oder nicht. Die Europäische Gemeinschaft enthält auch keine Elemente, die die Sowjetunion bedrohen, sie enthält vielmehr Elemente, die der Sowjetunion Sicherheit geben. In der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Beispiel werden die Stärke der nationalen Kontingente und die Rüstung der Mitgliedstaaten begrenzt und international kontrolliert. Schon diese Begrenzung ist ein wesentliches Sicherheitsmoment für die östlichen Nachbarn der Staaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der ganze innere und äußere Aufbau der EVG ist, wie schon ihr Name erkennen läßt, auf Verteidigung eingerichtet und macht eine Aggression gegen Dritte unmöglich.“ Weiterhin schlug Adenauer vor: „1) Um einem etwa bestehenden sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen, kann das regionale Bündnis der Europäischen Gemeinschaft, nachdem es mit NATO verbunden ist, im Rahmen eines innerhalb der Vereinten Nationen zu entwickelnden Oberbaues in ein vertragliches Verhältnis zu den regionalen Bündnissen des Ostblocks gebracht werden. Geeignete Formen, auch hinsichtlich der militärischen Seite eines solchen Systems, wären im Verhandlungswege zu ermitteln. 2) Da wirtschaftliche Verflechtung und politische Sicherheit Hand in Hand gehen, können die Mittel, die durch eine allgemeine Rüstungskontrolle frei werden, verwandt werden, um den internationalen Güteraustausch und den Lebensstandard aller Völker zu heben. Insbesondere könnte ein umfassender Austausch zwischen dem gemeinsamen europäischen Markt und dem Wirtschaftsgebiet der Sowjetunion eingeleitet werden.“ Vgl. BULLETIN 1953, S. 1413 f. Am 5. September 1953 wies Ministerialdirigent von Etzdorf die Auslandsvertretungen an, die Erklärung des Bundeskanzlers „mit allen sich bietenden Mitteln in dortigen politischen Kreisen zu verbreiten“ und sie „namentlich an Regierungsmitglieder, Beamte des Außenministeriums, an die Presse sowie an politisch interessierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu geben“. Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 211.

deskanzlers soll also nicht ‚mit allen Mitteln‘, sondern nur in der üblichen Weise geschehen.

Hallstein⁴

B 11 (Abteilung 3), Bd. 211

273

**Ministerialdirektor Blankenhorn, z.Z. Paris,
an Staatssekretär Hallstein**

MB 365/53 geheim

18. September 1953

Lieber Herr Staatssekretär,

in Ergänzung meines Brieftelegramms vom 16. September¹ darf ich im folgenden eine kurze Übersicht über den wesentlichen Inhalt der Gespräche geben, die ich während meines zweitägigen Aufenthalts in Paris² gehabt habe.

I. Allgemein ergab sich aus allen Unterredungen, gleichgültig ob die Gesprächspartner Engländer, Amerikaner oder Franzosen waren, der Eindruck, daß die politische Situation in Frankreich noch sehr wenig gefestigt ist und daß wir in den nächsten Wochen und Monaten mit erheblichen Überraschungen und Krisen zu rechnen haben. Ebenso allgemein kam in allen Gesprächen zum Ausdruck, daß die Bundesregierung, ganz besonders nach dem großen Wahlerfolg, mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung nicht nur die deutsch-französische Frage, sondern auch die Integrationsprobleme anpacken sollte, wenn nicht hier Neid- und Schwächegefühle negative Reaktionen auslösen sollen. So sehr man auf französischer Seite dem vom Kanzler geplanten zweiseitigen Gespräch Interesse entgegenbringt, so überwiegt doch zunächst die Sorge, daß man in Rom³ vor deutsche Forderungen gestellt würde, die, so wie die Dinge heute liegen, der Regierung, dem Parlament und der öffentlichen Meinung nicht akzeptabel sind.

Bei meiner heutigen Aussprache mit Botschafter Alphand erklärte dieser mir, daß etwa folgendes Konzept in Paris akzeptiert werden könnte:

direkt gewähltes europäisches Parlament, das Schuman-Plan-Behörde und Kommissariat kontrolliert.

Die bereits bestehenden supranationalen Behörden werden zusammengefaßt und durch Kooptation von drei weiteren Mitgliedern erweitert. Diese sogenan-

⁴ Paraphe.

¹ Vgl. Dok. 270.

² Zum Aufenthalt des Ministerialdirektors Blankenhorn vom 15. bis 18. September 1953 in Paris vgl. Dok. 270, Anm. 1.

³ In Rom fand vom 22. September bis 9. Oktober 1953 die Konferenz der Stellvertreter der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten über eine Europäische Politische Gemeinschaft statt. Vgl. dazu Dok. 275 und Dok. 284.

nte europäische Exekutive solle lediglich das Recht haben, auf politischem Gebiet Empfehlungen an das Parlament zu geben, also keine Entscheidungen, zu treffen.

Daneben ein Ministerrat, dessen Befugnisse nicht klar umrissen sind, der im wesentlichen Koordinationsaufgaben haben wird.

In der gesamten europäischen Organisation müsse eine möglichst weitgehende gleichmäßige Verteilung des deutschen und französischen Gewichts gesichert sein. Vor allem müsse vermieden werden, daß der Eindruck entstehe, als ob Deutschland ein Übergewicht anstrebe. Der Präsident dürfe deshalb weder ein Franzose noch ein Deutscher sein.

Wie Sie aus meinem Brieftelegramm ersehen haben, teilt Herr Bidault diese Auffassung nicht. Ich konnte auch nicht feststellen, ob innerhalb des französischen Kabinetts die eben geäußerten Alphand'schen Gedanken eine ausreichende Mehrheit besitzen. Ich nehme an, daß der Kampf um diese Fragen noch nicht endgültig ausgetragen ist. Jedenfalls sind die Instruktionen der französischen Regierung für die französische Delegation in Rom bis zur Stunde noch nicht fertig. Das französische Kabinett wird sich heute oder morgen erneut mit ihnen befassen. Es war interessant, daß die ursprüngliche, von Bidault für Fouques-Duparc in Aussicht genommene sehr wenig konkrete Instruktion innerhalb des französischen Kabinetts unter dem Druck der Gruppe Teitgen-Reynaud zu Fall gebracht worden ist. Wahrscheinlich hat hierzu auch etwas das Gespräch beigetragen, das ich unmittelbar nach meiner Aussprache mit Bidault im Quai d'Orsay mit Tomlinson⁴ gehabt habe, der auf Grund meiner Warnungen Teitgen während der Kabinettsitzung unterrichtet hat.

Ich werde heute abend nach Luxemburg fahren und hoffe, morgen vormittag noch mit Monnet sprechen zu können.⁵

Nach allgemeiner Auffassung wird die römische Konferenz nicht zu weitgehenden Entscheidungen führen. Es wird vielmehr dort auf eine erneute eingehende Erörterung der Fragen ankommen. Auf Seiten der Franzosen wie der Amerikaner hofft man, daß das für Oktober vorgesehene Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Herrn Bidault⁶ eine Übereinstimmung in den die Politische Ge-

⁴ Zum Gespräch des Ministerialdirektors Blankenhorn, z. Z. Paris, mit dem amerikanischen Vertreter bei der EGKS, Tomlinson, vgl. Dok. 270, Anm. 12.

⁵ Dazu vermerkte Ministerialdirektor Blankenhorn am 19. September 1953: „Monnet erzählt von interessanten Versuchen Bidaults, die Rechte für EPG zu gewinnen. Diese Versuche sind an der Tatsache gescheitert, daß die Gaullisten unter keinen Umständen die Ratifizierung der EVG damit verbinden wollen. Monnet behauptet, daß die Position von Bidault sehr geschwächt sei. Es sei nahe daran gewesen, daß die eigene MRP ihn ausgeschlossen hätte, weil sie mit seiner Außenpolitik im höchsten Maße unzufrieden sei. Man dürfe unter keinen Umständen mit Bidault Kompromisse schließen hinsichtlich der europäischen Frage. Bidault würde nur versuchen, auf Grund solcher Kompromisse seine eigene schwache Position zu festigen. Man könne die Aussichten für die politische Lage in Frankreich heute noch nicht beurteilen. Man müsse die nächsten Wochen, vielleicht Monate, abwarten. Er halte es für unwahrscheinlich, daß die Konstellation bleibe. Er begrüßte sehr den Brief des Bundeskanzlers an Bidault, die Besprechungen könnte man ja vielleicht etwas verschieben.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24.

⁶ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 14. September 1953 an den französischen Außenminister Bidault vgl. Dok. 270, Anm. 3.

Zur Antwort von Bidault vgl. Dok. 270, Anm. 5.

meinschaft betreffenden Grundfragen erzielen und damit eine günstige Ausgangsposition für die Haager Konferenz⁷ zustande bringen könne.

II. Die von Herrn Bundeskanzler angeregte deutsch-französische Aussprache hat hier allerorts Zustimmung gefunden. Außenminister Bidault wird noch schriftlich antworten. Seydoux erklärte mir, daß der Termin für die Besprechung zwischen dem 10. und 14. Oktober liegen müsse, da unter Umständen die Vier-Mächte-Konferenz bevorstehe und Bidault zu einem späteren Datum durch andere Verpflichtungen in Anspruch genommen sei.⁸

In meinen Gesprächen mit Alphand, Seydoux und de Margerie bestand einheitlich die Auffassung, daß dieser Gedankenaustausch unter keinen Umständen mit einem Mißerfolg oder mit Unklarheit enden dürfe. Man müsse ihn deshalb gründlich vorbereiten; dabei wurde daran gedacht, daß beide Seiten die Grundlinien dieses Gesprächs intern für sich ausarbeiten. Man solle sich sodann gegenseitig über das Ergebnis der Überlegungen unterrichten und somit gleichsam eine gemeinsame Tagesordnung vorbereiten. Auch war man der Auffassung, daß ein Tag allein für die Zusammenkunft nicht ausreichen wird; man müsse sich mindestens zwei Tage Zeit nehmen und das Gespräch nach Möglichkeit an einem dritten Ort, unbelastet durch die Tagesarbeit führen. Selbstverständlich würde im Mittelpunkt dieser Gespräche die Saarfrage stehen. Es würden sich dann wohl die Restfragen auf dem Gebiet der Verteidigungsgemeinschaft anschließen. Man sollte dann möglichst versuchen, hinsichtlich der Probleme der Europäischen Politischen Gemeinschaft zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Interessant war, daß Alphand in diesem Zusammenhang auch die Sicherheitsfrage anschnitt. Er halte es aus taktischen Gründen sowohl aus Rücksicht auf die internationale Lage als auch auf die französische Mentalität für zweckmäßig, daß man gleichzeitig mit der Ratifizierung des EVG-Vertrags⁹ ein rein taktisch gedachtes Anerbieten an die Sowjet-Regierung und die Satellitenstaaten mache, in dem man ein Sicherheitssystem, über dessen Einzelheiten noch zu reden sein würde, vorschlage. Man müsse über diesen Vorschlag vorher gemeinsam abstimmen. Jedenfalls solle die Initiative von der französischen Regierung ausgehen.

Es war interessant festzustellen, daß die Position von Botschafter François-Poncet im Quai d'Orsay wieder wesentlich gefestigt ist. Offenbar ist Bidault nach der eingehenden Aussprache, die er kürzlich mit Poncet in Ernich hatte, entschlossen, Herrn Poncet zu halten. Es gibt auch manche Stimmen, die ihn für besonders geeignet halten, bei der Lösung der deutsch-französischen Probleme führend mitzuwirken.

III. Bei meiner Unterredung mit Parodi ergab sich, daß dieser an einer permanenten Fühlungnahme mit uns interessiert ist. Er nahm meine Anregung, in Zukunft das deutsch-französische Gespräch im Rahmen informeller Zusammen-

⁷ Die Außenministerkonferenz der EGKS-Mitgliedstaaten fand vom 26. bis 28. November 1953 statt. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 348, Anm. 16.

⁸ Das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Außenminister Bidault fand am 28. November 1953 in Den Haag statt. Vgl. dazu Dok. 342.

⁹ Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

künfte von Persönlichkeiten weiterzuführen, die vom Bundeskanzler und von Bidault hierfür bestimmt werden, mit Bereitschaft auf. Diese Gespräche könnten unter Beteiligung der beiderseitigen Missionschefs alle Fragen und Anregungen zum Inhalt haben, die für eine positive und enge Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen von Nutzen sind. Es war hier also nicht an eine ständige Institution in Form einer Kommission gedacht, sondern mehr an einen unauffälligen informellen Gedankenaustausch.

IV. Die französisch-britischen Verhandlungen über die Assoziierung Großbritanniens zur EVG sind offensichtlich noch nicht ganz abgeschlossen. Großbritannien hat die Forderungen Frankreichs abgelehnt, die Aufrechterhaltung der Stationierung der britischen Truppen auf dem Kontinent in der bisherigen Stärke zu garantieren. Steel, den ich heute sprach, erklärte, daß diese Forderungen völlig unannehmbar seien. Frankreich müsse sich mit dem, was es bisher erreicht habe, zufrieden geben.¹⁰

In diesem Zusammenhang war die folgende Frage de Margeris interessant: Wäre die Bundesrepublik unter Umständen bereit, nach Inkrafttreten von EVG die Aufstellung des deutschen Kontingents so zu verzögern, daß die Stärke des deutschen Kontingents stets mit der Stärke des französischen Kontingents übereinstimme, d. h., daß es nur dann anwachse, wenn die Lage in Indochina es Frankreich ermögliche, stärkere Einheiten nach dem Mutterland zurückzuziehen. Ich habe diese Frage verneint und darauf hingewiesen, daß Deutschland dies nicht einseitig entscheiden könne, daß im übrigen auch das französische Interesse darauf ziele, in Europa möglichst schnell nennenswerte Verteidigungskräfte bereitgestellt zu sehen.

V. Über die Vierer-Konferenz ist man im allgemeinen der Auffassung, daß ein positives Ergebnis nicht erwartet werden kann. Einige erwarten, daß die Sowjets den alliierten Konferenz-Vorschlag ablehnen und ihn durch eine Konferenz auf anderer Grundlage ersetzen wollen. Andere glauben, daß es zwar zu der Konferenz kommt, daß diese aber schon nach kürzerer oder längerer Zeit ergebnislos auseinandergehen wird.

Mit besten Wünschen und Grüßen

stets Ihr sehr ergebener
Blankenhorn

P.S. Nachträglich möchte ich noch darauf hinweisen, daß manche Gesprächspartner, die im Prinzip stark für die europäische Lösung sind, vor einer zu großen Ausdehnung der Machtbefugnisse der Politischen Gemeinschaft warnen. Für Frankreich sei im gegenwärtigen Moment alles zu vermeiden, was die Ratifizierung von EVG erschweren könnte. Hinzu kommt das unbehagliche Gefühl, daß starke Befugnisse unter Umständen in die Hände eines Parlaments gelegt

¹⁰ Am 22. September 1953 übermittelte die britische Delegation dem Interimsausschuß der EVG-Konferenz in Paris den überarbeiteten Entwurf für ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EVG. Danach sollte ein britischer Vertreter in den Ministerrat der Gemeinschaft und ein weiterer beim Kommissariat der EVG ernannt werden. Ferner wurde britischerseits in einer Zusatznote der Entwurf für eine Erklärung zur gemeinsamen Politik unterbreitet, welche die allgemeinen Linien einer militärischen Zusammenarbeit festlegen sollte. Vgl. dazu B 10 (Abteilung 2), Bd. 999.

würden, in dem die französischen Abgeordneten zu einem Drittel aus Kommunisten bestehen. Der damit gegebene Stimmenausfall würde logischerweise den französischen Einfluß im Parlament schon rein zahlenmäßig unter den deutschen Einfluß herunterdrücken.

VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär)

274

**Botschafter Schlange-Schöningen, London,
an das Auswärtige Amt**

**Streng geheim
Fernschreiben Nr. 348**

**Aufgabe: 23. September 1953, 20.00 Uhr
Ankunft: 23. September 1953, 20.15 Uhr**

Auf Erlaß 253 vom 17.9.¹

Sachbearbeiter US-Botschaft für Deutschlandfragen sprach mich heute auf Stand deutscher Vorschläge über Sicherheitssystem unter Einschluß Sowjetunion an. Ihm sei bekannt, daß deutsche Vorschläge vier Zonen vorsehen:

- 1) Frankreich und Niederlande für Stationierung US-Streitkräfte,
- 2) Deutsche West- und Ostzone ohne Streitkräfte,
- 3) Gebiet Oder-Neiße bis Weichsel für Stationierung Satellitentruppen,
- 4) Gebiet ostwärts Weichsel für Stationierung Sowjettruppen.

Gesprächspartner äußerte starke Bedenken, daß USA-Regierung Zurückziehung von alliierten Truppen nach Frankreich zustimmen könnte.

Gesprächspartner äußerte ähnliche Bedenken hinsichtlich Nichterörterung Sicherheitssystems auf Lugano-Konferenz, wie im Drahtbericht Nr. 346 vom 21. bezüglich Foreign Office² berichtet wurde. Er bezeichnete Besprechung der Frage Sicherheitssystems mit Sowjets als von wesentlicher Bedeutung für französischen Entschluß für Ratifizierung EVG. Etwaige Befürchtungen Bundeskanz-

¹ Korrigiert aus: „Auf Erlaß 338 vom 17.9.“

Staatssekretär Hallstein antwortete auf den Drahtbericht Nr. 338 des Botschafters Schlange-Schöningen, London, vom 15. September 1953: „Annahme des Foreign Office, daß sich deutsche Vorschläge für Sicherheitssystem unter Einschluß Sowjetunions in Ausarbeitung befinden, ist unzutreffend. Verweise im übrigen auf heutigen Runderlaß wegen Erklärung Bundeskanzlers vom 4. September.“ Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 406.

Zum Drahtbericht Nr. 338 vgl. Dok. 236, Anm. 4.

² Botschafter Schlange-Schöningen, London, berichtete: „Leiter Zentraleuropa-Abteilung Foreign Office bestätigte heute erneut Auffassung britischer Regierung, Problem eines Sicherheitssystems mit Sowjetunion in Lugano zur Sprache zu bringen. Man erwarte britischerseits, daß Sowjets versuchen würden, Gespräch auf Abschluß deutschen Friedensvertrags zu lenken. Da Erörterung dieses Problems ohne Beteiligung gesamtdeutscher Regierung nach britischer Auffassung unmöglich, hoffe Foreign Office durch Vorschlag Sicherheitssystems Konferenz vor Scheitern zu bewahren. Auf Hinweis, Bundesregierung wolle Viererkonferenz auf Frage freier gesamtdeutscher Wahlen und Status deutscher Regierung beschränkt wissen, betonte Gesprächspartner, daß diese beiden Fragen sicherlich primär (in the first instance) besprochen würden.“ Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 211.

lers, daß Erörterung Sicherheitspaktes von Oder-Neiße-Linie ausgehen könnte, sei völlig unbegründet. USA-Regierung würde alles vermeiden, was Anerkennung dieser Grenze bedeuten könnte.

Amerikanische Entwürfe für Sicherheitssystem sollen bereits ausgearbeitet sein. Sobald diese bei US-Botschaft London vorliegen, werde ich von dort näher unterrichtet werden.³ Gewährsmann bestätigte, daß englischer Entwurf Sicherheitssystems noch in Ausarbeitung und Einzelheiten daher nicht erhältlich.

[gez.] Schlaue-Schöningen

VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär)

275

Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein, z.Z. Rom

24. September 1953¹

Geheim

Dem Herrn Bundeskanzler

1) Bericht über die Römische Konferenz (vom 22. bis einschließlich Donnerstag 24.9.)²

Verlauf:

Unter der ängstlichen und auch sonst unzulänglichen Leitung des luxemburgischen Gesandten in Bonn, Majerus – Luxemburg hat zur Zeit den Vorsitz im Ministerrat –, begann die Konferenz in schleppendem Tempo. Ministerpräsident Pella begrüßte die Teilnehmer mit positiven europäischen Allgemeinheiten, Majerus erwiederte mit einer unnötig nüchternen und zögernden Rede.

³ Am 25. September 1953 vermerkte Legationsrat I. Klasse Krapf für Ministerialdirigent von Etzdorf: „Ich habe heute Herrn Seeliger von der Deutschen Diplomatischen Vertretung in London als Stellvertreter des Sachbearbeiters, Herrn Blomeyer, weisungsgemäß telefonisch mitgeteilt, daß es sich bei dem im ersten Teil des Drahtberichts wiedergegebenen Gesprächsinhalt um eine gefährliche Falschmeldung handele. Ich habe darum gebeten, dies auch dem Gesprächspartner mitzuteilen und ihn nach Möglichkeit feststellen zu lassen, woher derartige Behauptungen kämen.“ Vgl. VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1953.

Am 26. September 1953 berichtete Botschafter Schlaue-Schöningen, London: „Gewährsmann erklärte erneut Einzelheiten deutschem Sicherheitsplanes, über den er von US-High Commission, Mehllem, unterrichtet worden sei. Danach soll dem US-Vertreter von damit befaßter deutscher Kommission auch mitgeteilt worden sein, daß dem Bundeskanzler Kommissionsentwurf nicht vorgelegen habe und mit dessen Billigung durch ihn wohl auch nicht zu rechnen sei. Gewährsmann machte Gegenvorschlag, nach dem Gebiete östlich Elbe von Truppen freibleiben sollen. Hierfür solle deutsche Ostgrenze 1937 wiederhergestellt werden. Dies biete Sowjetunion genügend Sicherheiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 356; VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1953.

¹ Hat Botschaftsrat Ostermann von Roth am 5. Oktober 1953 vorgelegen.

² Die Konferenz der Stellvertreter der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten über eine Europäische Politische Gemeinschaft fand vom 22. September bis 9. Oktober 1953 statt. Zum weiteren Verlauf vgl. Dok. 284.

Danach verkleinerte sich die Konferenz, deren Delegationen, abgesehen von der kleinen luxemburgischen, je um ein Dutzend Mitglieder haben, auf einen Lenkungsausschuß (von jeder Delegation vier Herren). Dieser Lenkungsausschuß tritt täglich zusammen, um durch Feststellung der Ergebnisse den Schlußbericht vorzubereiten, der den Außenministern im Haag³ vorgelegt werden soll. Durch eine Zusammenkunft der Delegationschefs im Anschluß an ein Essen des Vorsitzenden noch am Montag abend waren die prozessualen Entschlüsse ein wenig vorbereitet worden.

Im Lenkungsausschuß trat man zunächst in eine Generaldebatte ein, in der bewußt auf eine Ordnung der Themen verzichtet wurde, um ein Inventar der Auffassungen über Methoden und Ziele der Konferenz, die zugrunde zu legenden Texte und über die Verfassung der Gemeinschaft zu machen. Nach einem Hin und Her setzte sich sodann der von der deutschen Delegation gemachte Vorschlag durch, sich im großen und ganzen an die Ordnung der Gedanken in dem Straßburger Entwurf⁴ zu halten.

Im Interesse der Arbeitsteilung und um mit Hilfe der Experten zu präzisieren und konkreteren Formulierungen zu kommen, sind zwei Arbeitsausschüsse eingesetzt worden, einer für die wirtschaftlichen, einer für die Verfassungsfragen. Diese Ausschüsse haben am Mittwoch nachmittag ihre Arbeit begonnen. Aufgabe des wirtschaftlichen Ausschusses ist es, zu ermitteln, ob die Kluft, die sich zwischen dem französischen und dem holländischen Standpunkt in der Frage der wirtschaftlichen Integration aufgetan hat (worüber unter III), überbrückt werden kann, gegebenenfalls bis zu welchem Punkt die Auffassungen hier in Rom angenähert werden können. Der Verfassungsausschuß sollte, einem holländischen Wunsch folgend, zunächst die Probleme der Einfügung der Montangemeinschaft und der EVG in die Politische Gemeinschaft prüfen. Er hat inzwischen vom Lenkungsausschuß weitere Aufträge bekommen (Studium der Zusammensetzung der Völkerkammer). Im Lenkungsausschuß selbst ist die Diskussion der „Institutionen“: Völkerkammer, Senat, europäische Exekutive, Ministerrat in Angriff genommen worden.

Delegationen:

- 1) Der italienische Delegationsführer, Staatssekretär im Außenministerium Benvenuti – als Abgeordneter einer der Väter des Straßburger Entwurfs –, hat sich anfangs auf liebenswürdige formale Interventionen beschränkt und den Vortrag dem Grafen Magistrati überlassen, der ohne allzuviel Phantasie auf der Grundlage schriftlicher Entwürfe seines Hauses spricht. Neuerdings ist Benvenuti ganz weggeblieben. Vielleicht hängt diese Zurückhaltung mit dem italienischen Versuch zusammen, für die Mitarbeit an der Integration Hilfe in der Triestfrage⁵ einzuhandeln (dazu unten IV 1).
- 2) In der französischen Delegation hat deren Sprecher, der Botschafter in Rom Fouques-Duparc, die Führung des Gespräches in der Hand. Er entledigt sich

³ Die Außenministerkonferenz der EGKS-Mitgliedstaaten fand vom 26. bis 28. November 1953 statt. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 348, Anm. 16.

⁴ Für den Wortlaut des Entwurfs für einen Vertrag über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, der am 10. März 1953 von der Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft angenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, Bd. 1, S. 5669–5683.

⁵ Zu den Differenzen zwischen Italien und Jugoslawien wegen Triest vgl. Dok. 262, Anm. 10.

seiner Aufgabe, die infolge der Widersprüche und Unsicherheiten im französischen Kabinett anerkanntermaßen ungewöhnlich schwierig ist, in einer eleganten und sympathischen Weise. Es ist ihm anfangs beinahe gelungen, durch Erweckung von Mitleid mit der französischen Delegation – die sich in einer bejammernswürdigen Lage befand, weil der Sieg der europäischen Sache im französischen Kabinett alles andere als gesichert schien – für sich einzunehmen.

Der Rest der Delegation ist zu den Skeptikern des Quai d'Orsay in der europäischen Frage zu rechnen, so namentlich Seydoux, der Schwiegersohn von Pardi: Chatenet, Sauvanargues und der Wirtschaftsexperte Wormser, der ein vorzüglicher Kopf, aber als antideutsch und uneuropäisch bekannt ist.

3) Zu einer der führenden Figuren auf der Konferenz entwickelt sich der belgische Vertreter de Staercke, der, wie ich seit längerem von Bruce weiß, ein überzeugterer Europäer als Herr van Zeeland ist und schon seit den letzten Konferenzen deutlich Anschluß an den deutschen Standpunkt sucht. Er wird vor allem von dem sehr fähigen Gesandten Walravens unterstützt. De Staercke hält sich fair an die ihm erteilten, zum Teil recht restriktiven Instruktionen (z.B. Austrittsrecht, Stellung des Rats der nationalen Minister), ist aber zweifellos für eine Entwicklung zu besseren europäischen Lösungen ansprechbar.

4) Sachlich sehr gut vertreten ist auch Holland durch den in seinem Lande wegen seiner Unabhängigkeit sehr angesehenen Sonderbotschafter van Starkenborgh (früher Generalgouverneur in Niederländisch-Indien), der freilich in den Sitzungen gelegentlich eine harte Hand hat, und seine Mitarbeiter Eschauzier und van der Beugel. Im persönlichen Gespräch ist Starkenborgh zugänglicher und zeigt sich als ein offener, Vertrauen erweckender Mann.

5) Die Repräsentation von Luxemburg ist freundlich und unbedeutend.

III. Gegensätze:

1) Die Hauptschwierigkeit, die sich bisher herausgestellt hat, ist die schroffe Ablehnung einer automatisch wirkenden wirtschaftlichen Integration durch die Franzosen. Sie ist die Antwort auf den ebenso schroff von holländischer Seite präsentierten Standpunkt, daß ohne eine Erstreckung der Integration auf das wirtschaftliche Gebiet die Politische Gemeinschaft keinen Gegenstand haben würde. Nachdem am ersten Konferenztag in der Generaldebatte sich eine verhältnismäßig freundliche Haltung der anderen Delegationen zum Straßburger Entwurf herausgestellt hatte, haben die Franzosen erklärt, daß sie erst am nächsten Tag materiell Stellung nehmen könnten (es ist möglich, daß sie mittlerweile neue Instruktionen eingeholt haben; es kann auch sein, daß sie sich ihre Taktik noch überlegen wollten). Fouques-Duparc hat mit beweglichen Worten und mit einer melancholischen Anspielung auf das Schicksal der französisch-italienischen Zollunion⁶ dargestellt, daß kein Politiker in der Lage sein

⁶ Am 13. September 1947 erklärten die Regierungen Frankreichs und Italiens, eine Wirtschafts- und Zollunion errichten zu wollen. Der Vertrag vom 26. März 1949, in dem die Errichtung eines gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dem Ausland sowie der Fortfall von Zöllen zwischen beiden Staaten vorgesehen war, wurde jedoch nicht ratifiziert und durch die Protokolle vom 29. Juli 1949 sowie 7. März 1950 abgeändert. Am 25. Juli 1950 schlossen Frankreich und Italien eine neue Konvention, in der im Zuge einer Harmonisierung der wirtschaftlichen Gesetzgebung und der Produktionsbedingungen in den beiden Staaten eine progressive Senkung der Zölle für jede einzelne Warenkategorie vorgesehen war. Zum Projekt einer französisch-italienischen Zollunion vgl. den Artikel „Les vicissitudes de l'Union Douanière Franco-Italienne“, LE MONDE vom 13. Februar 1951, S. 3.

würde, in Frankreich ein sofortiges und grundsätzliches Abgehen von dem eingewurzelten Protektionismus durchzusetzen. Man sei bereit, das Ziel des gemeinsamen Marktes zu befahren. Der Weg dazu aber müsse über jeweils abzuschließende Einzelverträge führen. In einem Gegensatz dazu, den Starkenborgh auch durch die Form seiner Erklärungen sich keineswegs zu mildern bemühte, erklären die Holländer eine „automatisch“ wirkende (also im Vertrag bereits in ihrem zeitlichen Ablauf und mit ihren Folgen verbindlich festgelegte) wirtschaftliche Integration für „wesentlich“ für ihre Beteiligung. Dem wirtschaftlichen Ausschuß ist mit dem Versuch, diesen Gegensatz aufzulösen, eine außerordentlich schwierige Frage gestellt, zumal einerseits die Holländer gar keinen Hehl daraus machen, daß sie diesen Versuch angesichts der bekannten französischen Grundeinstellung für aussichtslos halten, andererseits die Franzosen, wenn sie die Politische Gemeinschaft scheitern lassen wollen, hier einen Anlaß finden, der nicht nur für ihre eigene öffentliche Meinung glaubhaft ist.

2) Noch in einem anderen Punkt haben die Holländer eine sehr dezidierte Stellung eingenommen. Sie wehren sich, offenbar unter dem Einfluß ihres Juristen Riphagen, gegen eine volle Eingliederung der beiden Sondergemeinschaften (Montangemeinschaft und EVG) in die Politische Gemeinschaft, weil sie davon eine Veränderung der sorgfältig ausgehandelten Verteilung der nationalen Gewichte in den Behörden dieser Sondergemeinschaften befürchten. Ich bin dem sofort mit dem Argument entgegengetreten, daß die Einfügung in eine politische Gemeinschaft in Artikel 38 des EVG-Vertrages⁷ selbst ausgesprochen ist. Taktisch ist aber auch hier unsere Lage nicht einfach. Betonen wir zu stark die Notwendigkeit, die bereits vereinbarten Gemeinschaften in die Politische Gemeinschaft einzugliedern, so geben wir den Franzosen eine gefährliche Möglichkeit, noch vor Inkraftsetzen der EVG eine Revision des EVG-Vertrages zu erörtern. Lassen wir andererseits die beiden vereinbarten Gemeinschaften völlig unangetastet, so bekommt die holländische These Gewicht, daß für die Politische Gemeinschaft ohne Präzisionen über die wirtschaftliche Integration eigentlich keine zusätzlichen Aufgaben übrig bleiben. Der leitende Gesichtspunkt für die deutsche Delegation wird sein, alles zu vermeiden, was die unveränderte Inkraftsetzung der EVG, so wie sie im Vertrage niedergelegt ist, auch nur im entferntesten gefährden könnte. Man wird also auch in dieser Frage vielleicht auf Zeit arbeiten müssen.

3) Etwas verdeckt sind noch die Schwierigkeiten geblieben, die mit den institutionellen Fragen zusammenhängen, insbesondere

a) dem Problem der europäische Exekutive. Da sich vorläufig im französischen Kabinett die europäische Richtung durchgesetzt hat, haben die Franzosen im Punkt des europäischen Exekutivorgans keine Schwierigkeiten gemacht. Fouques-Duparc hat sich auf den salomonischen Satz beschränkt, daß das Ganze eine Frage der richtigen Dosierung nationaler und europäisch-supranationaler Elemente sei. Die Belgier haben den von ihrem Sachverständigenausschuß früher entwickelten Gedanken wieder hervorgezogen, ein aus nationalen Ministern und europäischen Funktionären gemischtes Gremium einzusetzen.

⁷ Zu Artikel 38 des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. Dok. 142, Anm. 4.

b) In der Frage des Senats, in dem Mitglieder der nationalen Parlamente vereinigt sein sollen, gewinnt einerseits der Gedanke einer paritätischen Zusammensetzung an Boden – von den Italienern freilich nur unter der Bedingung akzeptiert, daß in der Völkerkammer die Bevölkerungszahl schlechthin den Ausschlag gibt. Andererseits hat mir Starkenborgh persönlich zu erkennen gegeben, daß er nicht unglücklich wäre, wenn der Senat verschwände. Die Organisation würde zweifellos dadurch sehr vereinfacht werden.

c) Direkte Wahlen zur Völkerkammer möchten die Holländer erst nach einer Übergangszeit zulassen, was von den Franzosen mit dem Hinweis darauf befällig aufgenommen worden ist, daß sie selbst eine Verfassungsänderung durchführen müßten. Als Argument haben die Holländer auch vorgebracht, daß man zunächst die Kommunisten dem europäischen Parlament fernhalten müßte. In privatem Gespräch zeigte sich Starkenborgh bereit, Instruktionen seiner Regierung zu erwirken, daß indirekte Wahlen (durch die nationalen Parlamente) nur für eine im Vertrag bestimmte Dauer (fünf Jahre?, drei Jahre?) vorgesehen und danach direkte Wahlen bindend vorgeschrieben werden sollten. Vielleicht ist dieser Punkt für die Holländer nur ein Handelsobjekt. De Staercke war bei der Diskussion auch dieser Frage hilfreich.

4) Zusammenfassend kann der vorläufige Stand der Fronten so beschrieben werden: Die deutsche und italienische Delegation haben die positivste Stellung zu dem Entwurf eingenommen, gleichzeitig aber die Bereitschaft bekundet, über wesentliche Anliegen anderer Delegationen mit sich reden zu lassen. Zwischen den Franzosen und den Holländern werden wir den schwierigen Versuch machen müssen, in der Frage der wirtschaftlichen Integration zu vermitteln. Die Erörterung der Verfassungsfragen ist erst angelaufen; hier werden zweifellos der Senat und die europäische Exekutive und das Verhältnis beider zueinander und zum Ministerrat noch manche Schwierigkeiten bringen.

Gespräche am Rande der Konferenz:

1) Italien: Ministerpräsident Pella, mit dem ich am Dienstag abend⁸ bei einem von ihm gegebenen Essen ein langes Gespräch führte, läßt dem Herrn Bundeskanzler seine besonderen Empfehlungen übermitteln. Er steht natürlich stark unter dem Eindruck der deutschen Wahlen⁹ und hat nicht unterlassen, zu beklagen, daß diese nicht den italienischen Wahlen¹⁰ vorausgegangen seien. Der Gedanke an Neuwahlen scheint in Italien stark zurückgetreten zu sein. Der Generalsekretär des Außenministeriums Zoppi sagte mir, daß auch die Oppositionsparteien bei Neuwahlen doch Vorteile davontragen könnten. Die Triestfrage bewegt die Gemüter sehr. Zweifellos hat sich Pella durch Inangriffnahme dieser Frage zunächst einen Prestigegegewinn verschafft. Ich habe aber auch besorgte Stimmen im Außenministerium gehört: Zwar ist es gelungen, die öffentliche Meinung zu „elektrisieren“; aber was wird, wenn der italienische Standpunkt sich nicht durchsetzen sollte? Ich habe Herrn Pella vorsichtig auf das von ihm angedeutete Junktim zwischen einem italienischen Erfolg in der Triestfrage und

⁸ 22. September 1953.

⁹ Die Bundestagswahlen fanden am 6. September 1953 statt. Zum Ergebnis vgl. Dok. 262, Anm. 1.

¹⁰ Die italienischen Kammer- und Senatswahlen fanden am 7./8. Juni 1953 statt.

der Ratifizierung des EVG-Vertrages¹¹ angesprochen. Er hat diplomatisch geantwortet, daß er sich bemüht habe, dieses Junktim, das in der öffentlichen Meinung vorhanden sei, nicht offenbar werden zu lassen. Auf meine Frage, ob er glaube, daß die Erhitzung der Triestfrage ein Hindernis für die baldige Ratifizierung des EVG-Vertrages durch Italien sei, hat er etwas vage erwidert, er halte es für möglich, daß es bald zur italienischen Ratifizierung kommen werde. In Gesprächen mit andern in Rom akkreditierten Missionschefs (auf einem Empfang, der Mittwoch abend¹² zu Ehren von Marschall Papagos auf der Engelsburg stattfand) habe ich den Eindruck gewonnen, daß in der Tat erhebliche parlamentarische Schwierigkeiten schon bei der Ratifizierung des EVG-Vertrages hier entstehen werden, wenn es Pella nicht gelingt, in der Triestfrage einen Erfolg zu erzielen – der vielleicht nicht so groß zu sein braucht, wie er jetzt gefordert wird. Man scheint sich besonders um die Hilfe der amerikanischen Botschafterin¹³ zu bemühen.

2) Frankreich: Die Stimmung in den sonst ruhigen Benelux-Delegationen gegenüber den ständigen Vorbehalten der Franzosen in der Frage der EVG-Ratifizierung kann man ohne Übertreibung als gereizt bezeichnen. Ich habe selten eine so scharfe Verurteilung der französischen Methoden wie beispielsweise durch die Holländer gehört. Daß die Mehrheit der Radikalsozialisten neuerdings eine Kontrolle der Polizeikräfte fordert, hat wesentlich zu dieser Verstimmung beigetragen.

Hallstein

VS-Bd. 11606 (Abteilung 3)

¹¹ Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

¹² 23. September 1953.

¹³ Clare Boothe Luce.

276

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Scherpenberg**311-22/61-IV-1282/53 geheim****25. September 1953¹**

Betr.: Rückführung Volksdeutscher aus Polen

Aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 30. Juni 1953² (Kab.Vorlage 514-01/61-II-9121/53 vom 27.6.53) wurde von der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts zur Fühlungnahme mit dem polnischen Außenhandelsministerium in der Rückführungsfrage ein hier bekannter angesehener deutscher Kaufmann beauftragt, der als Einkäufer in Polen gute Beziehungen genießt. Auf einen im August geäußerten polnischen Wunsch hat er vier Exemplare der Liste der zurückzuführenden Volksdeutschen, die ihm von der Handelspolitischen Abteilung mitgegeben worden waren, am 14. September Direktor Kott im polnischen Außenhandelsministerium übergeben und daselbst am 16. September mit Direktor Muszyński in Anwesenheit der für diese Fragen zuständigen Herren Aronowicz, Kott und Berger besprochen.

Die Angelegenheit ist in Warschau sehr positiv aufgenommen worden, man wünscht jedoch, daß die Rückführung ohne Aufsehen und ohne Einschaltung irgendwelcher Dienststellen des Roten Kreuzes erfolgt. Es ist zu erwarten, daß in Kürze die ersten Transporte abgefertigt werden. Der deutsche Kaufmann ist von den Polen eingeladen worden, innerhalb der nächsten vier Wochen noch einmal in Warschau vorzusprechen, um den genauen Rückführungsplan entgegenzunehmen.

Da die Frage der Rückführung in der deutschen Öffentlichkeit und in der Presse größtes Interesse findet, wären diese polnische Stellungnahme und Maßnahmen auch gegenüber den Vertriebenen-Verbänden geheimzuhalten, um nicht durch vorzeitige Publikationen den Erfolg der Aktion in Frage zu stellen.

Da die in den Besprechungen in Warschau zutage getretene polnische Bereitwilligkeit, in der Rückführungsfrage etwas zu unternehmen, auch durch private Nachrichten von der Zusammenstellung eines ersten polnischen Rückführungstransportes bestätigt wird, kann damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit die Voraussetzungen für die endgültige Paraphierung bzw. Unterzeichnung des Warenabkommens mit Polen gemäß dem Kabinettsbeschuß vom 30. Juni d.J. geschaffen sein werden. Eine Unterbrechung des nur bis zum 30. September d.J. vorläufig zugelassenen Warenverkehrs mit Polen würde die sich anbahnende günstige Entwicklung voraussichtlich gefährden.

¹ Durchdruck.

² Am 30. Juni 1953 erinnerte Staatssekretär Hallstein an den Kabinettsbeschuß vom 21. November 1952, „wonach bei Verhandlungen mit den Satellitenstaaten das Problem der Volksdeutschen angeschnitten und verlangt werden sollte, daß die noch in diesen Ländern festgehaltenen Volksdeutschen die Erlaubnis erhalten sollen, zu ihren bereits in der Bundesrepublik befindlichen Angehörigen auszuwandern. Bei den Verhandlungen mit Polen, die dicht vor dem Abschluß ständen, sei in dieser Frage kein Erfolg erzielt worden, die Gegenseite habe jede Erörterung dieses Problems abgelehnt“. Das Kabinett beschloß, bis zur Klärung dieser Frage den Abschluß eines Warenabkommens mit Polen zurückzustellen. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 6 (1953), S. 371f.

Es wird daher vorgeschlagen, den zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitzuteilen, daß gegen eine Fortsetzung des Warenverkehrs mit Polen über den 30. September hinaus zunächst für weitere drei Monate keine Bedenken erhoben werden.³

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁴ vorgelegt.

gez. Dr. A. H. van Scherpenberg

VS-Bd. 7067 (Handakten van Scherpenberg)

277

Generalkonsul Feine, Genf, an das Auswärtige Amt

Ber. Nr. 21/53 geheim

26. September 1953¹

Betr.: Sowjetisch-israelische Verhandlungen über den Ankauf deutscher Dollaranleihen

Der in Genf ansässige Prinz Ekrem, ein Mitglied des früheren türkischen Kaiserhauses, der, eingeführt durch Herrn Botschafter von Hentig, vor einigen Monaten in Paßangelegenheiten mit dem Generalkonsulat Fühlung aufgenommen hat (vgl. die Berichte Nr. 141 vom 11. April, Nr. 264 vom 27. Mai und Nr. 387 vom 9. Juli 1953), hat mir gesprächsweise folgendes mitgeteilt:

Er habe von einem Freund in Beirut erfahren, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen sowjetischen und israelischen Dienststellen über den Ankauf deutscher Dollaranleihen, die die Sowjets 1945 bei Banken in Berlin beschlagnahmt hätten, geführt würden. Es handele sich um Dollaranleihen in einem Betrag von etwa 300 Mio. \$, die die Sowjets der israelitischen Regierung gegen Bezahlung von 25 % des Nennwertes zum Kauf angeboten hätten. In Tel Aviv habe man Interesse am Erwerb, doch sei man nicht bereit, mehr als 8 % zu geben. Die Verhandlungen, diese Diskrepanz zu überbrücken, seien im Gange. Prinz Ekrem erklärte, daß es ihm voraussichtlich möglich sein würde, eine Abschrift

³ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat von Schmoller am 3. Oktober 1953 für Ministerialdirigent Bräutigam: „Nach den geführten Besprechungen bestand der Eindruck, daß von polnischer Seite alles getan werden wird, um den deutschen Wünschen in möglichst weitem Umfang zu entsprechen. Mit Rücksicht auf diese Entwicklung hat sich Abteilung II der Abteilung IV gegenüber damit einverstanden erklärt, daß das Warenabkommen auf weitere drei Monate verlängert wird.“ Vgl. VS-Bd. 4682 (Abteilung 3); B 150, Aktenkopien 1953.

Am 15. Oktober 1953 gab das Bundesministerium für Wirtschaft bekannt: „Zur Überbrückung des Zeitraumes bis zur endgültigen Zeichnung des neuen Warenprotokolls wurde ab 6. Oktober 1953 ein weiterer Vorgriff um 25 v. H. der im Warenprotokoll vorgesehenen Wertgrenzen zugelassen. Der Gesamtvorgriff bis zu 31. Dezember 1953 beträgt demnach 50 v. H. der Wertgrenzen; die Laufzeit des Warenprotokolls ist bis zum 30.6.1954 vorgesehen.“ Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 199 vom 15. Oktober 1953, S. 6.

⁴ Walter Hallstein.

¹ Hat Ministerialdirigent van Scherpenberg vorgelegen.

der Liste der in Frage kommenden Anleihen zu beschaffen. Die Dollaranleihen, um die es sich handele, seien in einer großen Liste mit aufgeführt, die vermutlich den gesamten, von den Sowjets in Berlin beschlagnahmten deutschen Wertpapierbesitz enthalte. Die Liste sei seinem Gewährsmann in Beirut zugänglich.

Obige Mitteilung gebe ich unter allem Vorbehalt weiter, nachdem ich die Angelegenheit mit Herrn Ministerialdirigent Dr. Junker bei seiner Anwesenheit in Genf mündlich besprochen habe. Da sich Prinz Ekrem sehr darum bemüht, einen deutschen Fremdenpaß zu erhalten, was die zuständigen Dienststellen in Bonn bisher abgelehnt haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß er versucht, auf die angedeutete Art und Weise ein Entgegenkommen der deutschen Stellen herbeizuführen. Geldforderungen hat er bisher nicht gestellt, sondern sich lediglich erboten, wegen der Liste an seinen Freund in Beirut heranzutreten, wenn dies von deutscher Seite gewünscht werde.

Ich darf um Weisung bitten.²

Feine

VS-Bd. 4792 (Abteilung 4)

278

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Etzdorf

202-03-II-360/53 geheim

28. September 1953¹

M. Bérard bat mich heute zu sich, um eine Antwort des Herrn Bundeskanzlers entgegenzunehmen auf die Anregung der AHK, eine gemischte Kommission zum Studium der Bedingungen zur Wiedervereinigung zu bilden. Ich sagte ihm, daß der Herr Bundeskanzler vorerst noch nicht wünsche, daß sich deutsche Sachverständige mit alliierten Sachverständigen zum Studium der im Aide-mémoire vom 22. d. M. enthaltenen Gesichtspunkte² treffen. Es handele sich hier um Fra-

² Am 27. Oktober 1953 unterrichtete Referent Harkort Generalkonsul Feine, Genf: „Das Bundesministerium der Finanzen hat nunmehr mitgeteilt, daß an der Beschaffung der in dem Bericht vom 26. September 1953 erwähnten Liste zu Vergleichszwecken immerhin ein gewissen Interesse besteht. Dieses Interesse dürfte jedoch nicht groß genug sein, um erhebliche Zugeständnisse an die Geenseite zu rechtfertigen, zumal die Liste offenbar keine Stücknummern enthält. Von größerer Bedeutung wäre es, wenn über den Fortgang der angeblichen Verhandlungen wegen eines Verkaufs der Stücke weitere Feststellungen getroffen werden könnten.“ Vgl. VS-Bd. 4792 (Abteilung 4); B 150, Aktenkopien 1953.

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat Trützschler von Falkenstein am 29. September 1953 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Legationsrat Bassler verfügte.
Hat Bassler am 30. September 1953 vorgelegen.

² Am 22. September 1953 übergab der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, Bérard, ein Aide-mémoire. Dazu vermerkte Ministerialdirigent von Etzdorf am 23. September 1953: „Das Aide-mémoire enthält die Gesichtspunkte, über die sich die AHK hinsichtlich der Bedingungen freier Wahlen in Gesamtdeutschland und der Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung Gedanken gemacht hat. Hierzu möchte die AHK im einzelnen die Ansicht der Bundesregierung kennenlernen, um sich ge-

gen von derartiger Bedeutung, daß der Herr Bundeskanzler sich hierüber erst einmal im Schoße des neuen Kabinetts aussprechen wolle. Dies hindere jedoch nicht, daß sich schon jetzt unsere Sachverständigen intern mit dem Aide-mémoire befassen. Die alliierte Kommission könne daher damit rechnen, daß sie schon bei ihrem ersten Zusammentreffen mit den deutschen Kollegen – nach Bildung der neuen Regierung – den deutschen Standpunkt klar formuliert erhalte.

M. Bérard wiederholte hierzu dasselbe, was schon vorgestern M. Bayle in seinem Auftrage ausgeführt hatte (s. Aufzeichnung vom 26. d. M.)³. Er betonte insbesondere, daß ebenso wenig wie sich die alliierte Seite bei den vorgeschlagenen Besprechungen engagieren wolle, man erwarte, daß die deutschen Sachverständigen irgendwelche verbindlichen Erklärungen abgeben. Was man anstrebe, sei vielmehr ein Austausch von Informationen über den gegenseitigen Standpunkt; jedenfalls seien die Alliierten entschlossen, von sich aus die in dem Aide-mémoire aufgeworfenen Fragen zuaprofondieren, denn es sei durchaus damit zu rechnen, daß die Viererkonferenz am 15. Oktober zusammentrete, so daß gegebenenfalls nur noch 18 Tage für die Vorbereitung verblieben. Es läge wohl im deutschen Interesse, an diesen Vorbereitungsarbeiten beteiligt zu werden, um eine gemeinsame Linie herzustellen. Wenn erst einmal die Alliierten zu gewissen Fragen Stellung bezogen hätten, würde es unter Umständen schwierig sein, demgegenüber einen abweichenden deutschen Standpunkt durchzusetzen. Er, Bérard, würde es daher im Interesse der allgemeinen Zusammenarbeit begrüßen, wenn der Bundeskanzler seinen Standpunkt revidiere. Es sei nicht nötig, daß gleich eine volle deutsche Delegation das Gespräch mit den alliierten Experten aufnehme.

Es würde vorderhand genügen, wenn ein deutscher maßgeblicher Sachkenner, z. B. Herr Professor Grewe oder Herr Professor Kaufmann, einen ersten infor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 825

gebenenfalls über ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. M. Bérard meinte, eine solche Abstimmung sei auch für den Fall nützlich, daß es nicht zur Viererkonferenz in Lugano käme, denn sie würde die Auffassungen über dieses wichtig bleibende Thema klären. [...] Die AHK schläge daher vor, daß sich alsbald alliierte und deutsche Experten träfen, um anhand des im Aide-mémoire enthaltenen Katalogs die Beratungen aufzunehmen. [...] Zu den im Aide-mémoire angeschnittenen Fragen liegt bei Abteilung III bereits umfangreiches Material vor. Die näheren Modalitäten einer gesamtdeutschen Wahl werden zur Zeit von den durch Abteilung III gebildeten Arbeitsgruppen erarbeitet; sie sollen in einer ‚Wahlordnung‘ ihren Niederschlag finden. Wir sind also durchaus in der Lage, der gemischten Kommission schon heute konkrete Vorschläge zu unterbreiten.“ Vgl. VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1953.

Für das Aide-mémoire der AHK vom 22. September 1953 vgl. Handakten Grewe, Bd. 28.

³ Ministerialdirigent von Etzdorf vermerkte: „Heute suchte mich M. Bayle auf, um sich im Auftrage von M. Bérard danach zu erkundigen, wann die von alliierter Seite vorgeschlagene gemischte Kommission zum Studium der technischen Voraussetzungen der ‚Wiedervereinigung‘ zusammentreten könnte. Ich sagte ihm, daß ich nicht in der Lage sei, eine amtliche Antwort zu erteilen. Ich hätte jedoch den Eindruck, daß der Herr Bundeskanzler nicht wünsche, daß diese Kommission zusammentrete, bevor die neue Bundesregierung konstituiert sei, ich nähme an, daß sich Herr MD Blanckenhorn übermorgen mit M. Bérard hierüber unterhalten werde. M. Bayle bemerkte hierzu, daß es nicht ungefährlich sei, den Zusammentritt der Kommission solange hinauszuschieben, weil immerhin damit gerechnet werden könne, daß die Viererkonferenz Mitte des Monats bereits zusammentrete. Es würde dann nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die gegenseitigen Ansichten zu den im Aide-mémoire aufgeworfenen Fragen abzustimmen. Es sei im übrigen nicht etwa von der AHK beabsichtigt, durch die Beratungen der gemischten Kommission die Bundesregierung zu engagieren; im Vordergrund stünde vielmehr der Wunsch, sich gegenseitig über die Standpunkte zu den einzelnen Fragen zu informieren.“ Vgl. VS-Bd. 110 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1953.

mativen Kontakt herstelle, bei dem es sich z. B. darum handeln würde, zu prüfen, ob der alliierte Fragenkatalog vielleicht noch zu ergänzen sei.

Hinsichtlich des Procedere wies M. Bérard darauf hin, daß seine beiden Sachbearbeiter, M. Bayle und M. Patey, Mitte der Woche für mehrere Tage nach Paris zu reisen beabsichtigten. Er wäre jedoch gern bereit, beide Herren schon für nächsten Montag⁴ wieder zurückzubordern, falls dann ein erster Kontakt mit unserem Vertreter oder unseren Vertretern möglich sei.

Hiermit Herrn MD Blankenhorn vorgelegt.⁵

gez. Etzdorf

VS-Bd. 3186 (Abteilung 2)

279

Gesandter Melchers, Bagdad, an das Auswärtige Amt

Tgb. Nr. 133/53

30. September 1953¹

Betr.: Besuch beim Ministerpräsidenten

Am 24. d. M. stattete ich dem neuen Ministerpräsidenten Dr. Fadil el-Jamali meinen Antrittsbesuch ab und überbrachte ihm – dem hiesigen Brauche folgend – die Glückwünsche der Bundesregierung zu seiner Ernennung.²

Der Ministerpräsident erklärte mir, es liege ihm daran, zwei Bitten an die Deutsche Regierung zu richten. Die erste sei die, die Bundesregierung möge an die warme traditionelle Freundschaft, die das Arabische und damit auch das Ira-

⁴ 5. Oktober 1953.

⁵ Am 29. September 1953 teilte Ministerialdirektor Blankenhorn, z. Z. Bad Honnef, Bundeskanzler Adenauer mit: „Die Alliierten insistieren doch recht stark darauf, daß das hier in Abschrift beigelegte Memorandum über freie Wahlen und den Status Gesamtdeutschlands als Vorbereitung für eine etwaige Viererkonferenz noch in diesen Tagen erörtert werde. Auch Botschafter François-Poncet, dem ich am letzten Freitag in Ihrem Auftrag gesagt hatte, daß eine Stellungnahme der Bundesregierung erst gegeben werden könne, wenn sich das neu zu bildende Kabinett mit diesen wichtigen Fragen befaßt habe, bat mich Sonntag abend noch telefonisch, daß Vertreter des Auswärtigen Amts wenigstens informatorisch mit den Rechtsberatern der Alliierten Hohen Kommission das Memorandum erörterten. Ich habe dementsprechend heute, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, Herrn Professor Grewe beauftragt, das Memorandum mit den alliierten Rechtsberatern Punkt für Punkt durchzusprechen, ohne zu den einzelnen Fragen in irgend einer Weise bindend Stellung zu nehmen. Herr Grewe wird da, wo notwendig, die gestellten Fragen ergänzen und sich im übrigen darauf beschränken, von den Alliierten zu hören, wie sie sich eine Stellungnahme zu den Problemen vorstellten. Ich glaube, damit ist für den Augenblick den alliierten Wünschen entsprochen.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 24.

Zur Besprechung mit der AHK am 8. Oktober 1953 vgl. Dok. 291.

¹ Hat Generalkonsul I. Klasse a.D. Voigt am 5. Oktober 1953 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kordt verfügte.
Hat Kordt vorgelegen.

² Am 19. September 1953 übernahm der von König Feisal II. mit der Regierungsbildung beauftragte Mohammed Fadil Jamali das Amt des Ministerpräsidenten und des Außenministers.

kische Volk dem Deutschen Volk entgegenbringe, unbeirrt glauben. Die zweite Bitte indessen sei diese:

Die Bundesregierung möge nichts unternehmen, was die Israeler in ihrem Kampf gegen die Araber unterstütze und was die Araber in ihrer Abwehr, insbesondere ihrem Boykott gegen Israel, hemme und störe. Schließlich sei es doch so, daß Hitler die Juden „aus dem Fenster geworfen“ habe, daß diese dann „den Arabern auf den Kopf gefallen“ seien. Jamali fügte hinzu, er würde es für billiger gehalten haben, wenn die von Deutschland den Israelern gezahlten Entschädigungen den arabischen Flüchtlingen überwiesen worden wären.

Ich erwiederte Jamali, man bringe in Deutschland für den arabischen Gesichtspunkt durchaus Verständnis auf, aber man müsse die Araber auch um Verständnis für die deutsche Situation bitten. Ich sei überzeugt, daß der Augenblick kommen werde, wo man auch in den arabischen Ländern einsehen werde, daß Deutschland den rechten Weg gegangen sei. Was im übrigen die Flüchtlingsfrage anlange, so stelle Deutschland seine leider so sehr reichen Erfahrungen gerne zur Verfügung. Zwei Drittel des Deutschen Reiches seien von den Russen besetzt. Die berüchtigten „Kolonialmethoden“ der Russen hätten seit dem unglücklichen Ende des Krieges 12 Mio. Deutsche gezwungen, in das übriggebliebene, an sich schon dicht besiedelte Drittel des Reiches zu fliehen. Obwohl der Flüchtlingsstrom heute noch anhalte, sei es gelungen, diese 12 Mio. in den Arbeitsprozeß der Bundesrepublik einzuschalten und ihnen Brot und Wohnung zu geben.

Ministerpräsident Jamali winkte ab und erwiederte lächelnd, die arabische Flüchtlingsfrage sei keine technische, sondern eine politische Frage. Es liege den arabischen Staaten nicht daran, die Flüchtlinge bei sich aufzunehmen und unterzubringen; die Flüchtlinge hätten vielmehr ein Anrecht darauf, das ihnen Fortgenommene wieder in Besitz zu nehmen.

Hierauf habe ich Herrn Jamali sehr nachdrücklich geantwortet, er irre sich, wenn er glaube, die deutsche Flüchtlingsfrage habe keinen politischen Charakter. Selbstverständlich erhöben die deutschen ebenso wie die arabischen Flüchtlinge Anspruch auf Rückkehr in ihre Heimat und auf Wiedereinsetzung in ihre Rechte. Er ersehe ja aus den täglichen Nachrichten, wie intensiv der Herr Bundeskanzler an einer Wiedervereinigung Deutschlands arbeite. Wenn man aber wirkliches Interesse an der Wiedergewinnung des Verlorenen habe, müsse man dafür Sorge tragen, daß die Flüchtlinge Brot und Arbeit hätten und nicht krank und schwach würden. Es sei wenig zweckmäßig, ein Heer elender und kranker Menschen dermaleinst in die ehemaligen Wohnsitze zurückzuführen.

Jamali war sichtlich betroffen. Meine sehr offenherzige Äußerung hatte Licht auf ein trauriges Kapitel der neueren arabischen Geschichte geworfen.

Der Ministerpräsident ging abschließend auf den Ausbau der deutsch-irakischen Wirtschaftsbeziehungen ein, an den er große Hoffnungen knüpft.

Melchers

B 11 (Abteilung 3), Bd. 343

280

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder**214-00-II-354/53 streng geheim****1. Oktober 1953**

Aufzeichnung zu dem Antwortschreiben von Herrn Bidault¹ auf unsere Note bezüglich der neuen französisch-saarländischen Verträge²

I. Entscheidende Punkte aus dem Bidault-Brief:

- 1) Bidault beruft sich zur Rechtfertigung der Verträge auf die freie Hand, die Frankreich mit Zustimmung seiner westlichen Alliierten an der Saar habe, und auf die Erklärung der Drei Mächte, daß die Zuständigkeit der Bundesregierung sich nicht über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus erstrecke.³ Bis zum Abschluß eines endgültigen Saarstatuts bleibe dies die Grundlage der französischen Politik in bezug auf die Saar. Er deutet an, daß die Bundesregierung deshalb an sich gar nicht das Recht habe, sich in das in den Verträgen festgelegte französisch-saarländische Verhältnis einzumischen.
- 2) Einlenkend erkennt er aber das besondere Interesse Deutschlands an der Saarfrage und ist zu einem Eingehen auf unsere Note bereit, weil Frankreich eine Einigung über die Saarfrage am Herzen liege.
- 3) Unsere Verwahrung, in den Verträgen sei kein Vorbehalt zugunsten des Friedensvertrages gemacht, begegnet er mit der formellen Feststellung, in dem Vorbehalt zugunsten eines europäischen Statuts liege argumento a fortiori auch ein Vorbehalt zugunsten des Friedensvertrages oder einer an seine Stelle tretenden endgültigen Saarregelung. Aus dem Zusammenhang läßt sich schließen, daß Bi-

¹ Am 28. September 1953 vermerkte Ministerialdirigent von Etzdorf, daß ihm der französische Stellvertretende Hohe Kommissar Bérard ein Schreiben des französischen Außenministers Bidault vom 25. September 1953 übermittelt habe: „Der Brief ist die Antwort von M. Bidault auf das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers vom 25. Juni d. J. betr[effend] die Saarfrage. M. Bérard bemerkte, was auch in dem Schreiben selbst ausgesprochen ist, daß M. Bidault deswegen nicht schon früher geantwortet hätte, weil er dem Herrn Bundeskanzler mit diesem Gegenstand während der Wahlperiode nicht lästig fallen wollte.“ Vgl. VS-Bd. 3200 (Abteilung 2); B 150, Aktenkopien 1953.

Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 3200 (Abteilung 2).

² Für das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 25. Juni 1953 an den französischen Hohen Kommissar François-Poncet vgl. Dok. 198.

Zu den Verträgen vom 20. Mai 1953 vgl. Dok. 136, Anm. 10.

³ Am 2. August 1951 teilte der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, McCloy, Bundeskanzler Adenauer mit: „Die gemeinsame Einstellung der drei in der Alliierten Hohen Kommission vertretenen Regierungen zum gegenwärtigen Status der Saar ist seit der Moskauer Tagung des Rates der Außenminister im April 1947 wiederholt und öffentlich dargelegt worden. Das am 20. Februar 1948 in Berlin von britischen, französischen und amerikanischen Sachverständigen unterzeichnete Protokoll befaßte sich lediglich mit der Vervollständigung der sich aus der wirtschaftlichen Angliederung der Saar an Frankreich ergebenden technischen Maßnahmen. Diese technische Vereinbarung war eine unmittelbare Folge der von den drei Regierungen in bezug auf den politischen und wirtschaftlichen Status der Saar eingenommenen Haltung. Der gegenwärtige Status der Saar steht nicht in Widerspruch zu der Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945, in welcher die Bezugnahme auf „Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden“, lediglich das Gebiet umgrenzt sollte, das für Besatzungszwecke in Zonen zu teilen war. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß sich der Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung nicht über ihre territorialen Grenzen hinaus erstreckt. Die drei Regierungen bestätigen erneut ihre Auffassung, daß der endgültige Status der Saar durch den Friedensvertrag oder durch einen entsprechenden Vertrag festzulegen ist.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1330.

dault bereit ist, an dem Ergebnis der französisch-deutschen Verhandlungen festzuhalten, daß das europäische Statut „vorbehaltlich der Friedensregelung“ geschlossen werden soll.

4) Zu der Frage, ob Frankreich die Saar als Staat behandelt, nimmt er nur durch die in einem Nebensatz gemachte Erklärung Stellung, das Saargebiet sei ein Gebilde, „das alle Merkmale eines Völkerrechtssubjekts in sich vereinige“. Entscheidend ist ihm aber die Feststellung, daß Frankreich durch die Verträge das Saargebiet zu einem gleichberechtigten Partner neben sich gemacht habe. Dies sei nötig gewesen, da es unvorstellbar sei, daß Frankreich das Saargebiet zur Europäisierung vorschlage, solange es „durch Bande enger Abhängigkeit an Frankreich gebunden sei“.

5) An der Wirtschaftsunion hält Bidault konsequent fest. Er stellt fest, daß die Anpassung gewisser saarländischer gesetzlicher Bestimmungen an die entsprechenden französischen Bestimmungen mit dieser Wirtschaftsunion untrennbar verbunden und bei ähnlichen Unionen üblich sei. Offenbar geht es ihm darum darzulegen, daß hierin keine Abhängigkeit der Saar von Frankreich zu erblicken sei. Jedenfalls betrachtet Bidault dieses Verhältnis nicht als Hinderungsgrund für Frankreich, die Saar zur Europäisierung vorzuschlagen.

6) In bezug auf die Probleme der sequestrierten saarländischen Hüttenindustrie (Völklingen und Neunkirchen)⁴ nimmt Bidault gegenüber unseren Vorstellungen einen völlig ablehnenden Standpunkt ein. Insbesondere lehnt er jede Debatte darüber ab, ob Frankreich das Eigentum an den beweglichen Einrichtungsgegenständen zu Recht erworben habe. Er bestreitet, daß Frankreich die ihm zustehenden Rechte (Eigentum an den beweglichen Einrichtungsgegenständen und Aufrechterhaltung der Sequestrierung) zu politischen Zwecken mißbrauchen wolle.

7) Bidault kündigt an, daß das französische Parlament die ihm seit zwei Monaten vorliegenden Verträge unmittelbar nach seinem Wiederzusammentreten (6. Oktober) in Bearbeitung nehmen werde.⁵

8) In einem Schlußabsatz bemerkt Bidault zu den ins Auge gefaßten Verhandlungen:

- Sie sollen ein europäisches Statut für die Saar zum Ziele haben,
- sie sollen zwischen der deutschen und französischen Regierung geführt werden,
- zu gegebener Zeit soll die Saarregierung hinzugezogen werden,
- das Ergebnis soll der Saarbevölkerung zur Annahme in direkter Volksabstimmung vorgelegt werden.

II. Beurteilung:

1) Der Note läßt sich nichts entnehmen, was auf die Bereitschaft Bidaults hindeuten würde, uns Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zu machen.

⁴ Zur französischen Sequesterverwaltung der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH in Völklingen sowie der Eisenwerke der Brüder Stumm und Otto Wolff in Neunkirchen vgl. auch Dok. 148. Zum geplanten Verkauf der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH an das Bankhaus Lehman & Brothers vgl. Dok. 189 und Dok. 223.

⁵ Am 6. November 1953 nahm die französische Nationalversammlung das Zustimmungsgesetz zu den Verträgen vom 20. Mai 1953 mit dem Saarland an.

2) Es wird sehr deutlich gemacht, daß der Kernpunkt des Streites weiterhin bleiben wird, ob die Wirtschaftsunion, so wie sie durch die Verträge festgelegt wird, dem Saargebiet ein genügendes Maß von Unabhängigkeit von Frankreich gibt, um es für uns als europäisiertes Gebiet annehmbar zu machen. Wichtig ist, daß Bidault selbst erklärt, ein Gebiet, das durch Bande enger Abhängigkeit an Frankreich angeschlossen ist, eigne sich nicht zur Europäisierung.

3) Bidault vermeidet es, im Zusammenhang mit dem Wort Volksabstimmung das Wort frei zu verwenden.

4) Die von Bidault für die nächste Zeit angekündigte Ratifizierungsdebatte in der französischen Nationalversammlung⁶ muß zu einer schwerwiegenden Belastung der deutsch-französischen Verhandlungen führen.

III. Vorschläge zur Behandlung des Bidault-Schreibens:

Es bestehen zwei Möglichkeiten:

1) Der Herr Bundeskanzler könnte sich auf eine Bestätigung des Schreibens beschränken und nur darauf hinweisen, daß er vorschlage, die Auseinandersetzung über diesen Brief auf die mündlichen Verhandlungen zu verschieben.

2) Wenn auf den Inhalt des Schreibens schon jetzt in einem Antwortschreiben eingegangen werden soll, so sollten folgende Punkte herausgehoben werden:

a) Es sollte formell die Auffassung Bidaults bestätigt werden, daß der Vorbehalt zugunsten einer europäischen Regelung auch einen Vorbehalt zugunsten eines Friedensvertrages einschließt.

b) Es sollte die Zustimmung zu dem Satz zum Ausdruck kommen, daß ein Gebiet, das durch Bande enger Abhängigkeit an einen europäischen Staat angeschlossen ist, sich nicht zur Europäisierung eignet. Die deutsche Auffassung sollte aufrechterhalten werden, daß die Wirtschaftsunion in der durch die neuen Verträge festgelegten Form ein solches Abhängigkeitsverhältnis aufrechterhalte.

c) Es sollte zum Ausdruck kommen, daß die Aufnahme der Ratifizierungsverhandlungen im französischen Parlament die deutsch-französischen Verhandlungen belasten müsse.⁷

Hiermit über Herrn MDg Dr. von Etzdorf Herrn MD Blankenhorn⁸ vorgelegt.

Thierfelder

VS-Bd. 3200 (Abteilung 2)

⁶ Korrigiert aus: „im französischen Landtag“.

⁷ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 2. November 1953 an den französischen Hohen Kommissar François-Poncet vgl. Dok. 282, Anm. 13.

⁸ Hat Ministerialdirektor Blankenhorn am 2. Oktober 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:
„Herrn Staatssekretär vorzulegen.“
Hat Staatssekretär Hallstein vorgelegen.

281

Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt

Geheim
Fernschreiben Nr. 465
Citissime!

Aufgabe: 1. Oktober 1953, 21.00 Uhr¹
Ankunft: 1. Oktober 1953, 21.05 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 464 vom 1.10.1953²

I. Im Anschluß an das im Vortelegramm behandelte Gespräch fragte ich Margerie nach seiner Ansicht über die Sowjet-Note³. Margerie zeigte mir zunächst das Telegramm von Joxe, in dem die Sowjet-Note völlig negativ beurteilt wurde. Er fügte dann als Ansicht des Quai d'Orsay hinzu, daß die Note wohl ausschließlich darauf abziele, Zeit zu gewinnen. Zwar habe Sowjet-Regierung in Note vom 15. August⁴ verlangt Frist von sechs Monaten in Note vom 28. September nicht wieder berührt, da sie offenbar die schlechte propagandistische Wirkung dieser Forderung gemerkt hätte. Sie wollte aber jetzt diese Frist durch Kumulierung von Problemen erreichen. Innenpolitisch verfolge Note das Ziel, die Stärke der

¹ Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Krapf vom 12. Oktober 1953 Ministerialdirektor Blanckenhorn vorgelegen.

² Botschaftsrat von Walther, Paris, berichtete, daß der stellvertretende Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Margerie, über eine Sicherheitsgarantie an die UdSSR ausgeführt habe: „Man müsse davon ausgehen, ein Verhandeln über die Art und die Einzelheiten der Sicherheitsgarantien mit den Sowjets vorherhand große verhandlungstaktische Gefahren in sich berge. Sowjetischerseits würde sofort die Frage der amerikanischen Basen in Europa angeschnitten, eine Frage, die im Interesse der Existenz der NATO nicht einmal diskutiert werden könnte. Damit [sei] jede Diskussion der vom Westen zu gebenden Garantien unmöglich gemacht. Es gebe außerdem nach Ansicht des Quai d'Orsay keinerlei Garantien, die für die sowjetische Mentalität reizvoll genug sein könnten, um Konzessionen wie etwa Räumung der Sowjetzone oder irgendwelcher Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zu machen. Die französische Regierung glaube insbesondere bei den augenblicklichen innenpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetunion nicht, daß die Sowjet-Regierung ‚Faustpfänder gegen Papiergefanzen‘ eintauschen würde. [...] Bei dieser Sachlage sähe er, Margerie, als zunächst einzige gangbare Lösung eine einseitige amerikanisch-französische Sicherheitserklärung, die dann – und diesen Punkt unterstrich Margerie mehrfach – durch eine Erklärung des Kanzlers ergänzt werden müsse. Eine solche Erklärung könne er sich etwa in der Art vorstellen, daß die deutsche Bundesregierung nochmals formell den Verzicht jeden Versuchs ausspreche, die Ostgrenzen mit Gewalt zu revisidieren. Über den möglichen Zeitpunkt einer solchen Aktion, insbesondere darüber, ob eine solche Erklärung vor der Ratifizierung des EVG-Vertrages oder gleichzeitig mit der Ratifizierung abgegeben werden sollte, hat man noch nicht diskutiert. Margerie betonte abschließend, daß alle diese Ideen bisher nur ganz locker erörtert seien und weder feste Formen noch Inhalt gefunden hätten. Margerie glaubt, daß eine solche Aktion sowohl in Frankreich die Ratifizierung erleichtern als auch in der Weltöffentlichkeit einen positiven Eindruck hinterlassen würde.“ Vgl. VS-Bd. 29 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1953.

³ In der Note der UdSSR vom 28. September 1953 blieb die Einladung der Drei Mächte, zum 15. Oktober 1953 eine Vier-Mächte-Konferenz nach Lugano einzuberufen, unbeantwortet. Die UdSSR schlug Frankreich, Großbritannien und den USA vor, „eine Außenministerkonferenz einzuberufen, die von folgendem ausgehen soll: 1) Auf der Konferenz, an der die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion teilnehmen, sind Maßnahmen zur Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu erörtern. 2) Auf der Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ist die deutsche Frage einschließlich aller im Verlauf der Vorbereitung der Konferenz gemachten Vorschläge zu erörtern.“ Hinsichtlich des Abschlusses eines österreichischen Staatsvertrages erklärte sich die UdSSR bereit, „die Erörterung dieser Frage auf dem üblichen diplomatischen Wege fortzusetzen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, Bd. 2, S. 6044.

⁴ Zur sowjetischen Note an die Drei Mächte vgl. Dok. 246, Anm. 2.

Sowjet-Regierung zu betonen und außerdem China zufriedenzustellen. An die Möglichkeit eines Zustandekommens von Vierer-Besprechungen glaubt er keinesfalls.

Er hielt es aber für dringend notwendig, die versicherten Absichten dadurch zu konterkarieren, daß möglichst schnell ein kurz befristetes Gegenangebot der Alliierten herausküme. Es seien Besprechungen für die nächste Woche vorgesehen, wobei englischerseits London als Besprechungsstandort vorgeschlagen sei.⁵ Die französische Regierung würde eine noch kürzere Note als die letzte alliierte Note⁶ in Vorschlag bringen, um Sowjets geringstmögliche Gelegenheit zum Ausweichen zu geben.⁷

II. Ich stellte sodann die Frage über die Auswirkungen der Sowjet-Note auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages⁸. Margerie glaubt, daß, wenn die bevorstehende alliierte Note von den Sowjets wiederum eine negative Antwort finde, die Diskussion in der Kammer auch dann aufgenommen werden könne, wenn ein weiterer Notenwechsel sich anschließe. Schon die jetzige Note habe einen großen Teil der schwankenden Abgeordneten zu einer positiven Einstellung gegenüber der EVG veranlaßt. Er glaube, daß die Auswirkungen der sowjetischen Note mindestens 40 Gaullisten für die EVG umstimmen werden. Daneben rechnet er mit 60 Sozialisten. (Professor Carlo Schmid, den ich heute sprach, glaubt nach seinen Gesprächen mit SFIO-Mitgliedern, mit 70 SFIO-Stimmen rechnen zu können.)

Allerdings müßte vor der Ratifizierung unbedingt die Saarfrage erledigt sein, und ein baldiges Zusammentreffen des Herrn Bundeskanzler mit dem Präsidenten Bidault sei notwendig.

Auf meine Frage, ob er eine für beide Seiten annehmbare Lösung in Saarfrage erkennen könne, war Margerie positiv. Als seine rein persönliche, noch nicht mit Präsident Bidault abgeklärte Ansicht deutete er an, daß Neuwahlen zum Landtag nicht möglich seien, da nach französischer Ansicht die letzten Wahlen⁹ als einwandfreie Wahl anzusehen seien. Dagegen glaube er, daß man französischerseits ein Referendum akzeptieren würde, bei dem die Fragestellung auf Europäisierung zugespitzt sei. Die monetäre Frage müsse im Sinne Frankreichs geregelt werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet würde man französischerseits wohl bereit sein, Deutschland Konzessionen zu machen, wenn grundsätzlich der wirtschaftliche Anschluß des Saargebiets beibehalten werde. Man würde im Quai d'Orsay gern sehen, daß François-Poncet, auf dessen Verbleiben in Deutschland man sehr stark hoffe, bei der endgültigen Klärung der Frage beteiligt würde.

5 Zur Konferenz der Außenminister Bidault (Frankreich), Dulles (USA) und Eden (Großbritannien) vom 16. bis 18. Oktober 1953 in London vgl. Dok. 300.

6 Zur Antwort der Drei Mächte vom 2. September 1953 auf die sowjetische Noten vom 4. und 15. August 1953 vgl. Dok. 257, besonders Anm. 7.

7 Zur Antwort der Drei Mächte vom 18. Oktober 1953 auf die sowjetische Note vom 28. September 1953 vgl. Dok. 300, besonders Anm. 9.

8 Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

9 Zu den Wahlen im Saargebiet am 30. November 1952 vgl. Dok. 37, Anm. 8.

Zusammenfassend gab Margerie der Ansicht Ausdruck, daß bei dem vorausgesehenen Verlauf der Vierer-Konferenzverhandlungen und einer Lösung der Saarfrage an einer Ratifizierung des EVG-Vertrages mit 40 bis 50 Stimmen Mehrheit kaum zu zweifeln wäre.

[gez.] Walther

VS-Bd. 236 (Büro Staatssekretär)

282

Aufzeichnung des Abteilungsleiters Grewe

214-00-II-354/53 geheim

2. Oktober 1953¹

Aufzeichnung zu dem Antwortschreiben des französischen Außenministers Bidault² auf die deutsche Note vom 25. Juni 1953 betreffend die französisch-saarländischen Verträge³

Den Vorschlägen von Abteilung II in der Aufzeichnung vom 1. Oktober d. J. – 214-00 II 354/53 g –⁴ schließe ich mich im wesentlichen an.

1) Bedenken bestehen gegen die Formulierung in Ziffer III, 2 a) auf Seite 4 der Aufzeichnung:

Der Vorbehalt zugunsten einer europäischen Regelung ist mit dem Vorbehalt zugunsten der Friedensregelung nicht identisch und schließt ihn auch nicht notwendigerweise ein. Es scheint mir ratsamer, lediglich zum Ausdruck zu bringen, daß die Bundesregierung davon Kenntnis nimmt, daß nach Auffassung der französischen Regierung der Vorbehalt zugunsten einer europäischen Regelung a fortiori auch den Vorbehalt zugunsten einer Friedensregelung einschließt.⁵ Eine „Bestätigung“ dieser Auffassung sollte nicht ausgesprochen werden.

2) Im Hinblick auf die Andeutungen der französischen Note, daß die Bundesregierung eigentlich nicht legitimiert sei, zu den französisch-saarländischen Verträgen Stellung zu nehmen, weil sich ihre Zuständigkeit nach der Formulierung der alliierten Note vom 2.8.1951⁶ nicht über ihre Gebietsgrenzen hinaus erstrecke⁷, könnte in entsprechender Weise angedeutet werden, daß die Bundesregie-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Thierfelder vorgelegen.

2 Für das Schreiben des französischen Außenministers Bidault vom 25. September 1953 an Bundeskanzler Adenauer vgl. VS-Bd. 3200 (Abteilung 2).

3 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 25. Juni 1953 an den französischen Hohen Kommissar François-Poncet vgl. Dok. 198.

Zu den Verträgen vom 20. Mai 1953 vgl. Dok. 136, Anm. 10.

4 Vgl. Dok. 280.

5 Zu diesem Satz handschriftliche Bemerkung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder: „Ist geschehen!“

6 Korrigiert aus: „3.8.1951“.

7 Vgl. dazu das Schreiben des Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, McCloy, an Bundeskanzler Adenauer; Dok. 280, Anm. 3.